

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 22

Berlin, den 8. Mai 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Hugo Schmitz, SS-Untersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Darmstadt, im Mai 1942

Maximilian Margl, SS-Bewerber, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Wien, im Januar 1943

Erich Haubold, Stud. jur. SS-Obersturmführer, SD-Abschnitt Halle/S., im Januar 1943

Dr. Günther Augustin, SS-Hauptsturmführer, SD-Leitabschnitt Stuttgart, im Februar 1943

Lothar Sachtleben, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Posen, im Februar 1943

Hermann Bahr, SS-Scharführer, a. pl. Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Oppeln, im Februar 1943

Ernst Kaiser, Staffel-Scharführer, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Kassel, im März 1943

Albert Ahlborn, SS-Untersturmführer, Kriminalsekretär, Staatspolizeistelle Hannover, im März 1943

Hans Hausser, SS-Hauptsturmführer, Reichssicherheitshauptamt, im April 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Franz Stender, SS-Bewerber, Kriminalangestellter, Staatspolizeistelle Litzmannstadt, im März 1943

Otto Kobus, SS-Unterscharführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie im Reichssicherheitshauptamt, im März 1943

Willi Progelschneider, Dolmetscher beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Kiew, im März 1943

Stefan Svaton, Hilfspolizeibeamter beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD in Belgrad, im April 1943

Kurt Zeidler, Kriminaloberassistent, Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im April 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Dem **//Hauptsturmführer Herman Rabien**, beim Inspekteur Berlin, z. Z. Feldwebel d. R.;
dem **//Scharführer Dr. Wolfgang Zimmermann**, beim Inspekteur Dresden, z. Z. Major;
dem **//Hauptscharführer Kriminalsekretär Willi Seibt**, beim Inspekteur Berlin, Rittmeister und
Batl.-Kommandeur in einem Grenadier-Regiment, gefallen am 6. 2. 1943,
wurde das „Deutsche Kreuz in Gold“ verliehen.

Dem **//Oberscharführer Kriminalsekretär Max Mende**, bei der Staatspolizeistelle Oppeln,
z. Z. Oberzahlmeister d. R.,
wurde das „Kriegsverdienstkreuz I. Klasse mit Schwertern“ verliehen.

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 13. 4. 43 Auflösung der Kriminalpolizeistelle Graudenz. S. 144. — RdErl. 13. 4. 43 Aufbau der Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD im Bereich des Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Nürnberg. S. 144. — RdErl. 16. 4. 43 Anerkennungen. S. 144. — RdErl. 19. 4. 43 Steuererleichterungen für die in die besetzten Ostgebiete abgeordneten reichsdeutschen Beamten, Angestellten u. Arbeiter. S. 145. — RdErl. 19. 4. 43 Dienstbezüge der zur Dienstleistung in der Sicherheitspolizei abgeordneten Gemeindekriminalbeamten. S. 146. — RdErl. 20. 4. 43 Beschaffung von Fernschreib-Empfänger-Papier und Stanzpapier für Lochstreifengeräte.

S. 146. — RdErl. 21. 4. 43 Festsetzung u. Regelung der Versorgungsbezüge für die Beamten der Sicherheitspolizei — ohne Kriminalpolizei. S. 146. — RdErl. 30. 4. 43 Behandlung von Gesuchen zur Wiedererlangung der eWhrwürdigkeit. S. 146.

Verschiedenes. Anschriftenänderung. S. 147. — Berufungen in das Reichsprüfungsamt. S. 147. — RdErl. 17. 4. 43 Wohnungsfürsorge. S. 147. — Fernschreibnetz. S. 147. — Verlust von Dienstaussweisen, Hausausweisen u. Erkennungsmarken. S. 147.

Personalmitteilungen. S. 148.

Sicherheitspolizei und SD

Auflösung der Kriminalpolizeistelle Graudenz.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 13. 4. 1943
— S II A 1 Nr. 2191/43-171 —

(1) Die Kriminalpolizeistelle Graudenz wird mit sofortiger Wirkung aufgelöst und in eine Staatliche Kriminalabteilung umgewandelt.

(2) Die bisher zur Kriminalpolizeistelle Graudenz gehörigen Kreise Marienburg, Stuhm, Marienwerder, Rosenberg, Neumark und Graudenz werden dem Kriminalpolizeistellenbezirk der Kriminalpolizeistelle Danzig und die Kreise Leipe, Rippin, Briesen und Strasburg dem Bezirk der Kriminalpolizeistelle Bromberg zugeteilt.

An alle Pol.Behörden. — Befehlsblatt S. 144.

Aufbau der Dienststellen der Sicherheitspolizei u. des SD im Bereich des Inspektors der Sicherheitspolizei u. des SD in Nürnberg.

RdErl. des RF//uChdDtPol. im RMdI. vom 13. 4. 1943
— S II A 1 Nr. 70/43-171 —

Nach Einsetzung eines Inspektors der Sich.Pol. u. des SD in Nürnberg werden mit sofortiger Wirkung

1. die Staatspolizeistelle Nürnberg in eine Staatspolizeistelle,
 2. der SD-Abschnitt Nürnberg in einen SD-Leitabschnitt,
 3. die Kriminalpolizeistelle Nürnberg in eine Kriminalpolizeistelle
- umgewandelt. Die Zuständigkeit der Kriminalpolizeistelle Nürnberg erstreckt sich auf die Gebiete der Kriminalpolizeistellen Würzburg, Nürnberg, Regens-

burg und Karlsbad, die damit aus den Bereichen der Kriminalpolizeistellen München bzw. Dresden ausscheiden.

An alle Pol.Behörden. — Befehlsblatt S. 144.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 16. 4. 1943
— I A 1 b Nr. 64/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-// u. Chef der Deutschen Polizei im RMdI.

dem **//Sturmabführer** Krim.Rat Josef Schreier,

dem **//Sturmabführer** Reg.Rat Hans-Helmut Wolff,

dem **//Sturmabführer** Reg.Rat Erich Deppner,

dem **//Untersturmführer** Krim.Sekretär Nikolaus Johannsen,

dem **//Untersturmführer** Krim.Sekretär Ernst May,

dem **//Untersturmführer** Krim.Oberassistenten Walter Bartels,

dem **//Sturmscharführer** Krim.Sekretär Otto Haubrock,

dem Inspektor II. Klasse Marten Slagter und

dem Inspektor II. Klasse Leonardus Adrianus Poos

beim Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD Den Haag durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für besondere Leistungen und Einsatzbereitschaft bei der Bekämpfung reichsfeindlicher Elemente in den Niederlanden ausgesprochen.

An Sich SD. — Befehlsblatt S. 144.

Steuererleichterungen für die in die besetzten Ostgebiete abgeordneten reichsdeutschen Beamten, Angestellten und Arbeiter.

RdErl. des RSHA. vom 19. 4. 1943

— II C 1 Nr. 413/42-256 —

(1) Ich gebe nachstehend die Verordnung über die Besteuerung der deutschen Volkszugehörigen und der deutschen Unternehmen in den besetzten Ostgebieten vom 17. 9. 1942 (VBldRMfdo. Nr. 12 S. 77) bekannt:

Auf Grund des § 8 des Erlasses des Führers über die Verwaltung in den besetzten Ostgebieten vom 17. 7. 1941 verordne ich im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen:

Abschnitt I

Maßgeblichkeit des deutschen Einkommensteuerrechts und Körperschaftsteuerrechts

§ 1

(1) Deutsche Volkszugehörige, die nach dem 22. 6. 1941 ihren Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen ihren gewöhnlichen Aufenthalt in den besetzten Ostgebieten begründet haben oder begründen, werden nach den Vorschriften des deutschen Einkommensteuerrechts besteuert.

(2) Deutsche Unternehmen in den besetzten Ostgebieten werden nach den Vorschriften des deutschen Körperschaftsteuerrechts besteuert.

(3) Deutsche Unternehmen in den besetzten Ostgebieten (Abs. 2) sind diejenigen Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen (§ 1 des Körperschaftsteuergesetzes), bei denen die folgenden Voraussetzungen gegeben sind:

1. Die Geschäftsleitung muß sich in den besetzten Ostgebieten befinden;
2. es muß eine Betriebsstätte, die sich nicht auf die Geschäftsleitung des Unternehmens beschränkt, in den besetzten Ostgebieten vorhanden sein;
3. das Unternehmen muß überwiegend im Besitz von deutschen Volkszugehörigen sein.

Abschnitt II

Steuererleichterungen

§ 2

Osteinsatz-Freibetrag

(1) Deutsche Volkszugehörige, die ihren ausschließlichen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen ihren gewöhnlichen Aufenthalt oder, wenn sie Arbeitnehmer sind, ihre dauernde Arbeitsstätte nach dem 22. 6. 1941 in den besetzten Ostgebieten begründet haben oder begründen, können 3000 RM von ihrem Einkommen abziehen. Voraussetzung ist, daß das Einkommen 25 000 RM nicht übersteigt. Der Betrag von 3000 RM erhöht sich um 300 RM für jedes minderjährige haushaltszugehörige Kind.

(2) Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete wird im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen durch Verwaltungsanordnung unbillige Härten ausgleichen:

1. bei der Anwendung der Vorschrift über den persönlichen Geltungsbereich (Absatz 1 Satz 1) oder
2. bei geringfügiger Überschreitung des in Absatz 1 Satz 2 bezeichneten Betrages von 25 000 RM.

§ 3

Befreiung vom Kriegszuschlag zur Einkommensteuer

(1) Deutsche Volkszugehörige, die ihren ausschließlichen Wohnsitz oder in Ermangelung eines solchen ihren gewöhnlichen Aufenthalt nach dem 22. 6. 1941 in den besetzten Ostgebieten begründet haben oder begründen, sind mit allen Einkünften vom Kriegszuschlag zur Einkommensteuer befreit.

(2) Deutsche Volkszugehörige, die nur einen Wohnsitz im Deutschen Reich (mit Ausnahme des Protektorats Böhmen und Mähren) oder einen Wohnsitz sowohl im Deutschen Reich (mit Ausnahme des Protektorats Böhmen und Mähren) als auch in den besetzten Ostgebieten haben, unterliegen mit den folgenden Einkünften nicht dem Kriegszuschlag zur Einkommensteuer:

1. Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, aus dem Betrieb in den besetzten Ostgebieten;
2. Einkünfte aus Gewerbebetrieb, soweit die Einkünfte auf eine Betriebsstätte in den besetzten Ostgebieten entfallen;
3. Einkünfte aus selbständiger Arbeit, soweit die Tätigkeit im Sinn des § 18 des Einkommensteuergesetzes in den besetzten Ostgebieten persönlich ausgeübt wird;
4. Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit, soweit der Arbeitnehmer eine dauernde Arbeitsstätte in den besetzten Ostgebieten begründet;
5. Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung, wenn das unbewegliche Vermögen oder die Sachinbegriffe in den besetzten Ostgebieten liegen.

Abschnitt III

Schlußvorschriften

§ 4

(1) Die Vorschriften der §§ 1 und 4 dieser Verordnung gelten ab 1. Januar 1942, die Vorschriften der §§ 2 und 3 dieser Verordnung ab 1. Oktober 1942. Die Verordnung tritt am Schluß des Kalenderjahres außer Kraft, in dem der Krieg endet.

(2) Die Vorschriften dieser Verordnung gelten für die besetzten Ostgebiete, die der Zivilverwaltung durch den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete unterstellt sind.

(3) Der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete trifft die zur Ergänzung und Durchführung dieser Verordnung erforderlichen Anordnungen im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen im Verwaltungsweg. Er kann insbesondere anordnen, daß Vorschriften dieser Verordnung auch auf andere als die in den §§ 1, 2 und 3 bezeichneten Personen und Unternehmen angewendet werden.

Berlin, den 17. September 1942.

Der Reichsminister
für die besetzten Ostgebiete
Rosenberg.

(2) Die Durchführungsbestimmungen des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 12. 1. 1943 — II 6 b 2210-1508 — sind auszugsweise im RBesBl. 1943 auf S. 39 Nr. 4179 veröffentlicht.

(3) Nach dem RdErl. des RMdI. vom 19. 3. 1943 (RMBI. V. S. 465) ist die Verordnung auch auf die in die besetzten Ostgebiete

- I. Reichskommissariat Ostland mit den Generalbezirken Estland, Lettland, Litauen und Weißruthenien,
- II. Reichskommissariat Ukraine mit den Generalbezirken Wolhynien, Shitomir, Kiew, Nikolajew, Dnjepropetrowsk und Krim (Teilbezirk Taurien)

abgeordneten Beamten, Angestellten und Lohnempfänger anzuwenden. Es sind daher unter den in der Verordnung geforderten Voraussetzungen allen in den genannten Gebieten tätigen Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD, soweit diese deutsche Volkzugehörige sind, vom 1. 10. 1942 an folgende Steuererleichterungen zu gewähren:

- a) der Osteinsatz — Freibetrag,
- b) Befreiung vom Kriegszuschlag zur Einkommensteuer.

Die Besoldungsstellen der Sich.Pol. u. des SD dürfen den Osteinsatz-Freibetrag nach dem 31. 3. 1943 aber nur dann berücksichtigen, wenn die Lohnsteuervkarte mit der Eintragung „Ost-Freibetrag ja“ versehen ist [Erl. d. RMfdo. vom 12. 1. 1943 — RBesBl. S. 39 — Ziff. 10 Abschn. b (Freibeträge) Abs. (4)].

Zusatz für den Befh. dSPudSD. Ostland: Der Bericht vom 26. 11. 1942 — II C 2 (a) Nr. 4587/42 — findet hiermit seine Erledigung.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 145.

Dienstbezüge der zur Dienstleistung in der Sicherheitspolizei abgeordneten Gemeindegemeindekriminalbeamten.

RdErl. des RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 19. 4. 1943 — S II C 1 Nr. 2058/43-245-5 —

(1) Ich verweise auf den RdErl. des RMdI. vom 25. 3. 1943 — Pol O-VuR Et 6-16/43 und S II C 1 Nr. 2058/43-245-5 — betr. Reichspol.Kostengesetz; hier: Kosten bei Abordnung von Pol.Beamten und Verteilung von Versorgungsbezügen (MBliV. S. 516).

(2) Als vorübergehende Verwendung im Sinne des Abschn. I Ziff. 1 a a. O. gilt auch die Abordnung von Gemeindegemeindekriminalbeamten zu Einsatzdienststellen der Sich.Pol. während eines Einsatzes außerhalb des Reichsgebietes. Die Dienstbezüge dieser Beamten sind daher für die Dauer der Abordnung von den Heimatbehörden weiterzuzahlen.

Zusatz für

die Befehlshaber der Sich.Pol. u. des SD in Den Haag und in Paris,

den Beauftragten des Chefs der Sich.Pol. u. des SD für den Bereich des Militärbefehlshabers in Belgien und Nordfrankreich in Brüssel,

die Staatspolizei(leit)stellen in Darmstadt, Düsseldorf und Köln (für die frühere Staatspolizeistelle in Aachen),

das RSHA — Ref. I A 2 a und I A 3 — in Berlin:

Mein nichtveröffentl. Erlaß vom 28. 4. 1941 — S II C 1 (neu) Nr. 1008/41-245-5 — wird aufgehoben.

An die Kassenanschlagstellen der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 146.

Beschaffung von Fernschreib-Empfänger-Papier und Stanzpapier für Lochstreifengeräte.

RdErl. des RSHA. vom 20. 4. 1943

— II D 2 Nr. 3400/43 —

Gemäß RdErl. vom 14. 5. 1937 — IV B Nr. 7537 — FS 71 770 — erfolgt die Beschaffung des Fernschreib-Empfänger-Papiers zentral durch das RSHA. Die Rechnungen wurden bisher durch das RSHA. beglichen. Ab sofort tritt nachstehende Regelung in Kraft:

1. Fernschreib-Empfänger-Papier und Lochstreifenstanzpapier wird, wie bisher, von allen Fernschreibstellen grundsätzlich beim RSHA. (II D 2)

angefordert. Eigenmächtige Bestellungen bei Lieferfirmen haben zu unterbleiben.

2. Die von den Lieferfirmen eingehenden Rechnungen, in welche die Frachtkosten gleich mit eingesetzt werden, sind von den empfangenden Dienststellen in Zukunft unmittelbar zur Zahlung anzuweisen. Die Kassenanschlagstellen bestreiten die anfallenden Kosten aus den zur Verfügung stehenden Kassenanschlagsmitteln bei Kap. 14 a Tit. 43.

3. Für alle weiteren Dienststellen mit Fernschreibanschluß gilt diese Anordnung sinngemäß.

4. Für den Fall, daß Dienststellen in den besetzten Gebieten durch Lieferfirmen überhaupt nicht oder nur unzureichend mit Fernschreib- und Stanzpapier für Lochstreifengeräte beliefert werden können, sind die erforderlichen Mengen dieses Materials beim RSHA. (Ref. II D 2) rechtzeitig anzufordern. In diesem Zusammenhang wird auf die schwierige Transportlage besonders hingewiesen.

5. Die jeweils anzufordernde Menge ist nur in Ausnahmefällen über den Bedarf eines Vierteljahres hinaus festzulegen, da bei unzumutbarer Lagerung die Rollen unbrauchbar werden.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 146.

Festsetzung und Regelung der Versorgungsbezüge für die Beamten der Sicherheitspolizei — ohne Kriminalpolizei —

RdErl. d. RF//uChdDtPol. i. RMdI. vom 21. 4. 1943 — S II C 2 Nr. 747/42 —

(1) Mit Erlaß vom 22. 9. 1937 (RMBliV. S. 1574) sind die Staatspolizei(leit)stellen als Regelungsbehörden für alle in ihrem Bezirk wohnhaften Versorgungsempfänger, die ihre Bezüge aus Einzelplan XII Kap. 5b erhalten, bestimmt worden. Außerdem ist ihnen die Befugnis zur Festsetzung der Versorgungsbezüge für die Hinterbliebenen aller im Dienst oder Wartestand gestorbenen Beamten ihrer Dienststellen übertragen worden. Für die Festsetzung der Versorgungsbezüge der in den Ruhestand tretenden Beamten ist formell noch das RSHA. zuständig. Ich übertrage nunmehr den Regelungsbehörden Sich.Pol. über die in Abschnitt II (1) A des genannten Erl. vorgesehene Befugnis hinaus die Festsetzung der Versorgungsbezüge für die Beamten ihre Dienststelle bis zur Bes.-Gr. A 2 d einschl.

(2) Für alle Beamten der Bes.-Gr. A 2 c 2 und höheren Bes.-Gr. behalte ich (RSHA.) mir die Festsetzung der Versorgungsbezüge selbst vor. Für die Hinterbliebenen dieser Beamten gilt Abs. II (1) A a des Erlasses vom 22. 9. 1937.

(3) Die vorstehenden Bestimmungen sowie der Erl. vom 4. 3. 1943 (Befehlsbl. S. 71) finden auch auf diejenigen Regelungsbehörden der Sich.Pol. (Kap. 14 a) Anwendung, die nach Herausgabe des Erl. vom 22. 9. 1937, als solche erklärt worden sind.

An die Regelungsbehörden der Sich.Pol.

— Befehlsblatt S. 146.

Behandlung von Gesuchen zur Wiedererlangung der Wehrwürdigkeit.

RdErl. des RSHA. vom 30. 4. 1943

— III A 5 a Nr. 1851/43-176 —

(1) Die Dienststellen der Wehrmacht und der Justiz sind in allen Fällen festgestellt worden, daß die Beamten der Sich.Pol., die die Dienststellen der Wehrmacht verlassen haben, sich zuständigen Kreisleiter der

zu Gesuchen zur Wiedererlangung der
digkeit abgegeben haben, sich wider-
Ich ordne daher an, daß der gemäß
Ziff. 4 des RdErl. vom 30. 5. 1942 (Befehlsbl.
abzugebende Vorschlag mit der durch den
Kreisleiter der NSDAP. vorgesehenen
nahme abzustimmen ist.

(2) Sofern hierbei kein Einverständnis zu er-
zielen ist, ist von der Abgabe des vorgesehenen Vor-
schlags abzusehen. Die Akten sind dem RSHA. unter
Bezugnahme auf diesen Erlaß zur weiteren Ver-
anlassung vorzulegen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 146.

Verschiedenes

Anschriftenänderung.

Die Dienststelle des Inspektors der Sich.Pol. u.
des SD in Stettin ist verlegt; die neue Anschrift lautet:
Stettin 3, Augustastr. 47 III (Fernruf: 35 231).

— 18)

— Befehlsblatt 1943 S. 147.

Berufungen in das Reichsprüfungsamt.

In der Zeit vom 12. 7.—20. 8. 1943 legt die erste
Gruppe der Anwärter des leitenden Dienstes der
Sich.Pol. u. des SD vor dem Reichsprüfungsamt des
Reichsministeriums des Innern die Große Staats-
prüfung ab.

Der Präsident des Reichsprüfungsamtes hat die
// Obersturmbannführer vom Felde,
// Obersturmbannführer Dr. Gengenbach und
// Obersturmbannführer Dr. Spengler

als ehrenamtliche Prüfer in das Reichsprüfungsamt
berufen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt 1943 S. 147.

Wohnungsfürsorge.

RdErl. des RSHA. vom 17. 4. 1943

— II C 3 Nr. 1309/42 —

Im Anschluß an den RdErl. vom 5. 11. 1942 (Be-
fehlsbl. S. 345) gebe ich nachstehende Wohnungstausch-
gesuche bekannt:

106. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. mit Bad in Ber-
lin, Miete bis 90 RM. Geboten wird 3-Zim.
wohng. ohne Bad in Dessau, Miete 53 RM.
107. Gesucht wird 4-Zim.Wohng. in Berlin. Ge-
boten wird moderne 3½-Zim.Wohng. in Katto-
witz.
108. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. mit Bad in Stutt-
gart, Miete bis 90 RM. Geboten wird 2½-
Zim.Wohng. mit Bad in Breslau, Miete
65,30 RM.
109. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. in Berlin. Ge-
boten wird 3½-Zim.Wohng. mit Bad u. Zubehör
in Heilbronn, Miete 72 RM.
110. Gesucht wird 4—5-Zim.Wohng. mit Bad in
Berlin. Geboten wird 4½-Zim.Wohng. in
Aachen, Miete 71 RM.
111. Gesucht wird 3-Zim.Wohng. mit Bad u. mög-
lichst Zentralheizg. in Wien. Geboten wird
3-Zim.Wohng. mit Bad, Zentralheizg. u. Telefon
in Hamburg-Altona, Miete 115 RM.
112. Gesucht wird 4½-Zim.Wohng. in Gote-
hafen. Geboten wird 4½-Zim.Wohng. mit
Bad, 2 Balkonen, Warmwasser in Hamburg.
113. Gesucht wird 3½—4½-Zim.Wohng. mit Bad in
Kassel. Geboten wird 2½-Zim.Neubauwohng.
mit Bad u. Garten in Stettin, Miete 65,10 RM.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 147

Fernschreibnetz.

Zur Berichtigung des Verzeichnisses der an das
Fernschreibnetz angeschlossenen Dienststellen werden
nachstehende Änderungen bzw. Neuanschlüsse be-
kanntgegeben:

Unter A: Neu: Arnoldstein, GPP., Klagenfurt.

Unter H: Neu: Hanau, Adst., Frankfurt/Main.

Unter L: Neu: Limoges, EK., Paris.

Lötzen, Adst., Königsberg.

Unter M: Neu: Malthuern, Arb.Erz.Lager, Reichen-
berg.

Marienbad, Adst., Karlsbad.

Montpellier, SD-Kommdst., Paris.

Unter N: Streiche: Neidenburg, Adst., Allenstein.

Unter P: Streiche: Pleß, Adst., Kattowitz.

Neu: Perpignan, Außenkommd., Lyon.

Unter Sch: Neu: Schwetz, Adst., Danzig.

Unter T: Neu: Toulouse, SD-EK., Paris.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt 1943 S. 147.

Verlust von Ausweisen und Erkennungsmarken.

Dienstausweis Nr. 1618/43, ausgest. für den
Krim.Sekr. Ringleb, Stapoleitst. Düsseldorf;

Dienstausweis Nr. 26 462/43, ausgest. für den
Krim.Ang. (K) Alheit, Befh. Metz;

Dienstausweis Nr. 26 429/43, ausgest. für den
Lohnempfänger Grimm, RSHA.;

Dienstausweis Nr. 50 158/43, ausgest. für den
Krim.Ang. (K) Lancelle, Kdr. Warschau;

Sonderausweis Nr. 17/43, ausgest. für den
Oberstltm. Diesing, vom Reichsmarschall persön-
lich unterschrieben;

Dienstausweis Nr. 11 178/43, ausgest. für den
Krim.Ob.Ass. Knippelberg, Stapoleitst. Brünn;

Dienstausweis Nr. 25 249/43, ausgest. für den
Pol.Insp. Ullrich, RSHA. (der Ausweis fiel in
Feindeshand);

Dienstausweis Nr. 6839/42, ausgest. für den
Krim.Ass. Meister, Stapost. Köln;

Dienstausweis Nr. 32 836/42, ausgest. für den
Pol.Ob.Sekr. Scherzinger, Stapost. Koblenz;

Dienstausweis Nr. 5292/42, ausgest. für den
Krim.Ang. Fischer, Stapost. Bremen;

Dienstausweis Nr. 764/42, ausgest. für den
Krim.Ang. Minartz, Stapost. Köln;

Dienstausweis Nr. 747/42, ausgest. für den
Krim.Sekr. Rogenz, Stapost. Köln;

Dienstausweis Nr. 10 941/42, ausgest. für den
apl.Krim.Ass. Drewo, Stapoleitst. Prag;

Arbeiterausweis zum Betreten der Reichskanzlei
Nr. 434, ausgest. für den Tischler Krüger, RSHA.;

Hausausweis Nr. 10, ausgest. für den Angest.
Milianowitsch, Stapoleitst. Wien;

Hausausweis Nr. 2, ausgest. für die Geschäftszimmerangestellte Anderle, Stapoleitst. Wien;

Hausausweis Nr. 856/43, ausgest. für die Telefonistin Ursula Rebentisch, RSHA.;

Uniformausweis Nr. 63144, ausgest. für den Krim. Angest. Heinrich Pries, Insp. Königsberg (der Ausweis fiel in Feindeshand);

Dienstausweis Nr. 22 080/43, ausgest. für bannführer Erich Hartmann, RSHA. sowie die Erkennungsmarken der Geh. Nr. 12 072, 5433, 9792, 2060, 4422, 11 226, 6240 sind in Verlust geraten und werden hier ungültig erklärt. Falls sie aufgefunden werden sie an das RSHA. — Ref. I A 1 — zu übersenden

An Sich.Pol. u. SD.

—Befehlsblatt 1943

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob.Reg. u. Krim.Rat: //Sturm-
bannführer Reg. u. Krim.Rat Lobbes (RKPA.);
zum Reg.Rat: (Haushalt der allg. u. inn. Verw.)
//Hauptsturmführer Reg.Assessor Wanning;
zum Reg. u. Krim.Rat: //Sturm-
bannführer Krim.Dir. Thomas (RKPA.), //Obersturmführer Krim.Dir. Boening (RKPA.), //Hauptsturmführer Krim.Rat Dr. Horn (RKPA.), //Hauptsturmführer Krim.Rat Dr. Schuhmacher, wissenschaftl. Mitarbeiter Dr. Scheinfuß (RKPA.);
zur Reg. u. Krim.Rätin: Krim.Direktorin Wieking (RKPA.);
zur Krim.Rätin: Krim.Kommissarin Toberentz (RKPA.);
zum Krim.Rat: die //Hauptsturmführer Krim.Komm. Seibold u. Dr. Knobloch;
zum Reg.Amtmann: Reg.Ob.Insp. Jessel.

Versetzt: Pol.Rat Struwe zur Stapoleitst. Berlin;
die Pol.Inspektoren Pietsch zum Kdr. Warschau
u. Wieschendorf zum Kdr. Radom.

Übernommen in den Dienst der Sicherheitspolizei:
//Hauptsturmführer Reg.Assessor Achterberg.

Inspekture u. Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Ernannt zum Oberst der Polizei: //Standartenführer
Dr. Geschke, Inspekteur Dresden;
zum Pol.Inspektor: apl.Pol.Insp. Hahn (Kdr.
Krakau).

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Direktor: //Sturm-
bannführer Krim.Rat Barnekow (Kiel);
zum Krim.Rat: //Obersturmführer Krim.Komm.
Uhlenhaut (Leipzig);
zum Pol.Rat: Pol.Ob.Insp. Schulze (Berlin);
zum Krim.Insp.: Krim.Ob.Sekr. Gabbusch
(Frankfurt/M.);
zum Pol.Inspektor: die Pol.Insp.Anw. Eichel
(Berlin), Baumgärtner (Dortmund), Boß-
dorf (Berlin), Doßmann (Berlin), Vorne-
feld (Hamburg) u. Pol.Ob.Sekr. Schmelter
(München).

Versetzt: Pol.Rat Grauer-Carstensen (Karls-
ruhe) n. Bremen;
Pol.Ob.Inspektor Pilling (Düsseldorf) zum
RSHA.;
die Pol.Insp. Boege (Kdr. Krakau) n. Reichen-
berg, Eichel (Berlin) zum RSHA., Boßdorf
(Berlin) zum RSHA., Doßmann (Berlin) zum
RSHA., Vornefeld (Hamburg) zum RSHA.,
Belaschk (Klagenfurt) n. Danzig;
die Pol.Insp.Anwärter Steinborn, Schneider
u. Böhm (sämtl. Hamburg) zum Kdr. Bialystok;
Krim.Inspektor Rettinger (Graudenz) zum Kdr.
Radom.

Abgeordnet: //Sturm-
bannführer Dr. August Blaha
(Berlin) zum Befh. Riga.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim.Abteilungen.

Ernannt zum Reg. u. Krim.Rat: die //Sturm-
bannführer Krim.Direktoren Dr. Bittner (Leipzig), K.
(Dortmund), Odewald (Paris), Ohlhöft
(Krim.Dir. Geisler (Warschau) u. Krim.
Dr. Niggemeyer (Berlin KPLSt.);
zum Krim.Direktor: die //Sturm-
bannführer Krim.Räte Dr. Bartmann (Kauen), Dr. Katto
(München) u. die Krim.Räte Dingerman
(Karlsruhe) u. Matzke (Linz);
zum Krim.Rat: die //Hauptsturmführer Krim.
Komm. Wollbrandt (Brünn) u. Radold
Schmidt (Luxemburg), //Bewerber Krim.Komm.
Katzenberger (Krakau) u. die Krim.Komm.
missare Fritze (Karlsruhe), Gaßner (München),
Hochheim (Litzmannstadt), Lüdike (Berlin
KPLSt.) u. Klenke (Straßburg);
zum Krim.Inspektor: //Untersturmführer Krim.
Ob.Sekr. Kastens (Bremen), die Krim.Ob.Sekre-
täre Curbach (Dortmund), Elbin (Sosnowitz)
u. Baetz (Halle).

Abgeordnet: //Obersturmführer Krim.Komm. Oster-
feld (Bremen) n. Lublin;
die Krim.Kommissarinnen Fligg (Berlin KPLSt.)
n. Essen u. Scholz (Essen) n. Berlin KPLSt.

Versetzt: //Bewerber Krim.Dir. Noack (Kattowitz)
n. Recklinghausen, //Hauptsturmführer Krim.Rat
Brünner (Staatspolst. Breslau) zur KPLSt. Bres-
lau, Krim.Rat Mittelsteiner (Danzig) n.
Düsseldorf;
//Obersturmführer Krim.Komm. Wöger (Frank-
furt/M.) n. Stuttgart.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Inspektor Witt
(Recklinghausen).

SD.

Versetzt: //Hauptsturmführer Heinz Gehrman
zum Kdr. Lublin, //Obersturmführer Gerhard
Haupt zum RSHA.-III.

Ernannt: //Hauptsturmführer Arthur Potratz zum
HAST.Leiter beim Kdr. Warschau, //Untersturm-
führer Dr. Helmut Schmid zum Referenten beim
SD-A. Köln.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Pol.Ob.Sekretär: //Sturmscharführer
Pol.Sekr. Wilhelm Lauterbach (Stapost.
Köslin);
zum Krim.Sekr.: Krim.Ob.Assistent Anton Pock
(Stapost. Innsbruck);
zum Krim.Assistenten: apl.Krim.Ass. Paul Röter
(Stapoleitst. Karlsruhe);
zum apl. Krim.Assistenten: Krim.Ass.Anw. Adolf
Haid (KPSt. Klagenfurt) u. Heinz Schulz
(Stapost. Köslin).

— Befehlsblatt 1943 S. 148

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

ummer 23

Berlin, den 15. Mai 1943

4. Jahrgang

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 5. 4. 43 Abgabe von Kraftfahrzeug-Bereifung. S. 149. — RdErl. 28. 4. 43 Personalzentalkartei beim RSHA. S. 149. — RdErl. 29. 4. 43 Wohnungsgeldzuschuß. S. 150. — RdErl. 30. 4. 43 Devisenbewirtschaftung. Verwendung von Zahlungsmitteln in Feldpostbriefen oder Feldpostpäckchen in das Ausland; Zahlungsregelung für Sich.Pol., SD u. Wehrmacht. S. 150. — RdErl. 4. 5. 43 Luftschutzmaßnahmen in den Dienstgebäuden der Sich.Pol. u. des SD. S. 150. — RdErl. 4. 5. 43 Benachrichtigung der auswärts eingesetzten Angeh. der Sich.Pol. u. des SD über Bombenschäden in der Heimat. S. 152. — RdErl. 5. 5. 43 Vereinfachung der Verwaltung. Berichte über Dienstunfälle gemäß A B 3 u. § 123

DBG. S. 152. — RdErl. 5. 5. 43 Schutzimpfungen. S. 153. — RdErl. 6. 5. 43 Verbot der Einweisung schwangerer Häftlinge in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bzw. in die Frauenabteilungen der Konzentrationslager Auschwitz u. Lublin. S. 153. — RdErl. 7. 5. 43 Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädli. u. unerwünschten Schrifttums eingereiht sind. S. 153. — RdErl. 7. 5. 43 Nachrufe über Gefallene der Sich.Pol. u. des SD. S. 153.

Verschiedenes. Verlust von Ausweisen. S. 154. — Verlust von Ausweisen u. Erkennungsmarken. S. 154.

Personalmitteilungen. S. 154.

Sicherheitspolizei und SD

Abgabe von Kraftfahrzeug-Bereifung.

RdErl. d. RSHA. vom 5. 4. 1943

— II D 3 a (3) Ma. Nr. 9781/43 A —.

(1) Nachstehend aufgeführte Decken und Schläuche sind beim RSHA. verfügbar:

Decken:		Schläuche:	
Stck.:	Größe:	Stck.:	Größe:
1 . . .	5,25 × 18	7 . . .	4,75 × 17
10 . . .	5,50 × 18	15 . . .	6,50 × 17
12 . . .	6,00 × 20	3 . . .	5,25 × 18
7 . . .	6,50 × 20	2 . . .	4,40 × 19
20 . . .	7,00 × 20	3 . . .	5,50 × 19
8 . . .	7,50 × 20	13 . . .	6,50 × 20
6 . . .	8,25 × 20	8 . . .	7,00 × 20
1 . . .	8,00 × 24	5 . . .	7,50 × 20
6 . . .	8,25 × 24	2 . . .	8,00 × 20
1 . . .	9,00 × 24	15 . . .	9,75 × 20
2 . . .	1,90 × 24	3 . . .	7,25 × 24
4 . . .	9,75 × 24	1 . . .	8,00 × 24
2 . . .	10,50 × 16	2 . . .	8,25 × 24

Die Dienststellen der Sich.Pol. melden etwaigen Bedarf bis spätestens 15. 6. 1943 an die Materialverwaltung II D 3 a des RSHA.

Die Materialverwaltung II D 3 a sendet die Bestandsbereifung als "Antrag"

(4) An Dienststellen des SD wird die Bereifung nur gegen Kostenerstattung abgegeben.

(5) Die Materialverwaltung II D 3 a des RSHA. führt die Restbestände der Bereifung zu (1) an das zuständige Reichsreifenlager ab.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 149.

Personalzentalkartei beim RSHA.

RdErl. d. RSHA. vom 28. 4. 1943

— I A 1 a Nr. 183/43-351-10 —

Die Personalzentalkartei beim RSHA. — RdErl. vom 25. 11. 1941 — I A 1 a Nr. 191/41 — (nicht veröf. t.) kann wegen kriegsbedingter Schwierigkeiten nicht eingerichtet werden. Für den gesamten Bereich der Sich.Pol. u. des SD wird daher angeordnet, daß die bei den nachgeordneten Dienststellen verwahrten Karteikarten der unteren Dienstgrade bis einschließlich //Sturmscharführer, Sekretär (Bes.Gr. A 7 a), der Angestellten der Verg.Gr. IX bis VII b TO. A und d. Krim.Angest. mit jährlichem Vergütungssatz 2000 RM bis 3000 RM sowie für sämtliche Ergänzungskräfte und Lohnempfänger nicht führen sind. Diese Karten sind auszusondern.

An Sich.Pol. u. SD.

Wohnungsgeldzuschuß.

RdErl. d. RSHA. vom 29. 4. 1943

— II C 1 Nr. 3558/43-291-4 —

(1) Nach Nr. 61 Abs. 2 BV u. § 6 Abs. 6 TO. A ist den neu eingestellten Beamten und Angestellten, solange sie ihren Hausstand außerhalb des Reichsgebietes fortführen, der jeweilige Dienstort als dienstlicher Wohnsitz im Sinne der §§ 9 und 13 BesG. zuzuweisen.

(2) Werden diese Kräfte zum Einsatz abgeordnet, so ist der Wohnungsgeldzuschuß nach dem letzten Dienstort innerhalb des Reichsgebietes zu zahlen.

(3) Die Gewährung von Trennungentschädigung wird durch diese Regelung nicht berührt.

An Sicherheitspolizei.

— Befehlsblatt S. 150.

Devisenbewirtschaftung.

Versendung von Zahlungsmitteln in Feldpostbriefen oder Feldpostpäckchen in das Ausland; hier: Zahlungsregelung für Sich.Pol., SD u. Wehrmacht.

RdErl. d. RSHA. vom 30. 4. 1943

— II C 2*/Dev.St. B Nr. 5825/43-290 b-1 —

(1) Das Verbot der Versendung von Zahlungsmitteln in Feldpostbriefen oder Feldpostpäckchen gilt nicht nur für die Versendung vom Reichsgebiet in die besetzten Gebiete und in die Territorien der verbündeten, befreundeten oder in Schutz genommenen Mächte, sondern es erstreckt sich auch auf die Versendung in umgekehrter Richtung und zwischen diesen Gebieten untereinander.

(2) Hiernach ist jegliche Versendung von Zahlungsmitteln in Feldpostbriefen oder Feldpostpäckchen verboten.

(3) Die Angehörigen der Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD sind vierwöchentlich hierauf hinzuweisen.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 150.

Luftschutzmaßnahmen in den Dienstgebäuden der Sich.Pol. u. des SD.

RdErl. des RSHA. vom 4. 5. 1943

— II C 3 Nr. 1959/43-267-1 —

(1) Die Dienstgebäude der Sich.Pol. u. des SD gehören zum Erweiterten Selbstschutz — ES — als Teil des zivilen Luftschutzes. Die Leitung des ES liegt in den Händen der örtlichen Luftschutzleiter. Für die einzelnen Dienstgebäude sind jedoch nach wie vor die Dienststellenleiter verantwortlich. Diese können bei Behinderung einen Angehörigen ihrer Dienststelle als Betriebsluftschutzleiter bestellen, dem damit die Aufgabe zufällt, in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Luftschutzleiter alle zum Schutz der Dienststelle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen und ständig zu überwachen. Ein großer Teil der Dienststellen, in den luftgefährdeten Gebieten, hat bereits die erforderlichen Abwehrmaßnahmen mit Erfolg durchgeführt. Um auch bei den übrigen Dienststellen die erforderliche Abwehrbereitschaft zu erzielen, werden nachstehend die Verhaltensmaßregeln erneut zusammengefaßt.

Diese Hinweise stellen keine starren Vor-
dar, sondern heben lediglich diejenigen Maß-
nahmen hervor, die sich bisher bei der Schadens-
vermeidung besonders wichtig erwiesen haben,
den übrigen Dienststellen zur Überprüfung

der getroffenen Vorkehrungen und zur Besei-
festgestellter Mängel zu veranlassen.

I. Organisation des Luftschutzes.

Vordringliche Pflichten des Betriebsluftsch-
leiters sind:

- Einteilung der gesamten Gefolgschaft zum L-
satz nach den Richtlinien für die Durchführung
des erweiterten Selbstschutzes Ldv. 755,
- Einteilung der Luftschutzwachen für die Nach-
zeit,
- Einrichtung eines Alarmsystems gem. RdErl. vo
5. 12. 1942 II A 1 Nr. 445/42-151 und
- laufende Unterweisung der Gefolgschaft, in
besondere der Einsatzgruppen durch Übunge
wie z. B. Probealarm, Feuerlösch- und Sanität
übungen.

II. Luftschutzgerät und Ausrüstung.

(1) Ziel aller LS-Maßnahmen im ES ist, die Au-
wirkung der Angriffsmittel auf ein Mindestmaß
beschränken. Dies kann nur erreicht werden, wenn
die Einsatzgruppen vollzählig, gut ausgebildet und
zweckmäßig ausgerüstet und wenn LS-Gerät und
Löschmittel in ausreichendem Umfange vorhande-
sind. Zum mindesten muß das für die Ausstattung
einer LS-Gemeinschaft erforderliche Gerät (7. An-
VO. zum Luftschutzgesetz v. 15. 10. 1942 — RGBl.
S. 615 —) vorhanden sein.

(2) Soweit S-Gasmasken für die Einsatzgruppe
noch erforderlich sind, ist eine begründete Anforderung
unter Mitteilung der vorhandenen Masken-Anzahl und
der Stärke der EG. hierher zu richten. Zuteilung
können allerdings nur in beschränktem Umfang
erfolgen.

(3) Die gesamte LS-Geräteausstattung ist von Zeit
zu Zeit auf Vollständigkeit und Brauchbarkeit zu
überprüfen. Die Geräte sind zweckmäßig auf ver-
schiedene Stellen im Gebäude zu verteilen, damit bei
Bombeneinschlägen nicht sämtliche Abwehrmittel
zugleich ausfallen. Die Bereitstellung genügend
Sand- und Wassermengen ist mit besonderer Sorgfalt
durchzuführen. Es muß dabei berücksichtigt werden,
daß aus den Wasserleitungen während des Luft-
angriffs infolge Beschädigung oder zu großer Inan-
spruchnahme kein Wasser entnommen werden kann.

III. Verdunkelung und Entrümpelung.

(1) Die Dienstgebäude müssen während der Ver-
dunkelungszeiten peinlichst genau verdunkelt sein.
Tägliche Kontrollen sind unbedingt erforderlich.
Über Nacht dürfen nur die unbedingt notwendigen
Lichtquellen eingeschaltet bleiben.

(2) Die Dachböden sind von allen brennbaren
Gegenständen freizumachen, hölzerne Einbauten sind
zu entfernen. Soweit es möglich ist, soll die Boden-
fläche mit einer mehrere Zentimeter dicken Sand-
schicht bedeckt werden; vorher ist jedoch die Bau-
behörde gutachtlich zu beteiligen.

IV. Luftschutzräume.

(1) Vorausgesetzt wird, daß überall trümmer- und
splittersichere LS-Räume eingerichtet worden sind.
Die Luftschutzräume müssen durch Sauberhaltung,
Lüftung usw. stets aufnahmebereit gehalten werden.
Auf die Kampfstoffsicherung durch Einbau von Gas-
schleusen wird hingewiesen.

(2) Die Bestimmungen über Mauerdurchbrüche
(v. 12. 3. 1940 RGBl. I S. 486) sind zu beachten.
Mauerdurchbrüche sind überall dort, wo die Rettungs-
möglichkeiten aus den Schutzräumen dadurch wesent-
lich verbessert werden können, herzustellen.

sen jedoch nach Zumauerung durch besondere Vorrichtungen, wie Schutzgitter, die erst bei Alarm gesetzt werden, oder durch Alarmvorrichtungen usw. den unbefugten Zutritt gesichert werden. Bei der Prüfung der Frage, ob Mauerdurchbrüche anzulegen oder nicht, sind auch die Rettungsmöglichkeiten der Volksgenossen in den benachbarten Häusern zu berücksichtigen.

V. Karteien usw.

Wichtige Karteien, Aktensammlungen — besonders Sachen- und Personalakten — sind des Nachts möglichst in den LS-Räumen in Panzerschränken verwahrt unterzubringen. Ist dies nicht möglich, dann muß durch besonderen Brandschutz erhöhte Sicherheit geschaffen werden (z. B. durch eine besondere Brandeiche und durch zusätzliche Bereitstellung von sofort verfügbaren Löschmitteln — Sand und Wasser — und Schergeräten in diesen Räumen). Zur Bergung des Aktenmaterials sind Säcke usw. bereitzuhalten.

Aufbewahrung kriminaltechnischer und sonstiger wertvoller Geräte.

Besonders wertvolle und schwer ersetzbare Geräte wie kriminaltechnische Geräte, Schreibmaschinen usw. müssen ggf. nach Dienstschaft in die feuergefährlichen Räume verbracht werden. Bei schwer zu transportierenden oder fest eingebauten Geräten sind die Möglichkeit die leicht auszubauenden Teile (z. B. Zylinder bei Vergrößerungsapparaten und Bertillonmeras) nachts im Keller aufzubewahren.

VII. Brandbekämpfung.

(1) Die gesamte Gefolgschaft muß in der Brandbekämpfung laufend geschult werden, so daß die zur Bereitschaft während der Nacht eingeteilten Gefolgschaftsmitglieder in der Lage sind, jeden Brandherd schnellstens zu finden und wirksam zu bekämpfen. Die Dienstgebäude sind während der ganzen Dauer des Fliegerangriffs, also auch bei Flakbeschuß, auf Brandbomben zu kontrollieren. Ein Merkblatt über die z. Zt. vom Feinde verwendeten Brandbomben und ihre zweckmäßige Bekämpfung ist in der Anlage beigelegt.

Die Betriebsluftschutzleiter haben persönlich die Feuerbereitschaft ihres Dienstgebäudes nach bestehenden Richtlinien erneut zu überprüfen und sicherzustellen, daß es in einsatzfähigem Zustand zu erhalten. Wie festgestellt wurde, sind die Brandschutzmaßnahmen in einem Teil der Dienststellen, selbst in den luftgefährdeten Gebieten, auch heute noch unzureichend. Andererseits hat sich wiederholt gezeigt, daß bei unregelmäßiger Vorbereitung der Abwehrmaßnahmen und unregelmäßigem Einsatz der Einsatzgruppen die Dienstgebäude und das Aktenmaterial vor der Zerstörung bewahrt werden konnten.

Auf den RdErl. über Luftschutzmaßnahmen v. 1. 1941 (Befehlsbl. S. 21) und die 1. Ausf.Best. zu 12 der 1. Durchf.VO. zum LSG. vom 19. 10. 1942 (Bl. IV. S. 2192) wird im übrigen hingewiesen.

Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 150.

Anlage:

Nachstehend sind alle Brandbomben, die von der Dienststelle verwendet werden, aufgeführt.

1. Stabbrandbomben 1,7 kg:

Elektronmantel mit Thermitfüllung, Eisenkopf, Aufschlagzünder und Leitwerk; Gesamtlänge 54 cm.

Durchschlägt meist Dachgeschoß und kommt im ersten oder in dem darunterliegenden Geschoß zur Wirkung. Brandherd in 12 bis 15 Minuten.

Bekämpfung grundsätzlich aus der Deckung mit Sand und Wasser, Gasmaske aufsetzen.

2. Stabbrandbombe mit Zerlegerladung 1,7 kg:

Wie zu 1, jedoch nach 3 bis 5 Minuten Zerknall des Stahlkopfes, wobei Stahlsplinter im weiten Umkreis mit erheblicher Wucht weggeschleudert werden.

Die bisher zum Schutz gegen Brandbomben mit Zerlegerladung benutzten behelfsmäßigen Schutzschilde aus Holz bieten gegen die Splitterwirkung der neuen Bombenart keinen ausreichenden Schutz. Zur Vermeidung von Verlusten bei der Bekämpfung von Stabbrandbomben durch die Luftschutzkräfte wird daher angeordnet:

Die Bekämpfung von Stabbrandbomben 1,7 kg jeder Ausführung ist grundsätzlich aus der Deckung heraus vorzunehmen. Als Deckung können Mauervorsprünge, Pfeiler, Schornsteine, Maschinen und dergleichen benutzt werden. Sind ausreichende Deckungsmöglichkeiten nicht vorhanden, darf die Bekämpfung erst nach Ablauf von fünf Minuten nach beobachtetem Einschlag oder nach Auffinden der Brandbombe vorgenommen werden. Ist in dieser Zeit ein Zerknall nicht erfolgt, kann die Deckung verlassen werden. Es ist stets mit aufgesetzter Gasmaske und möglichst mit Luftschutzhelm, Handschuhen und Schutzanzug gegen die Brandbomben vorzugehen. An der Art der Bekämpfung der Brandbomben mit Wasser (Luftschutzhandspritze) oder Sand (Löschsandtüten) ändert sich nichts. Das Schwergewicht ist in erhöhtem Maße auf die Bekämpfung von Entstehungsbränden zu legen.

3. Fallschirmbrandbombe 12,5 kg (Mehrfachbrandbombe):

Geschoßform, bestehend aus Stahlspitze, Stahlblechzylinder mit Papphülse, Aufschlagzünder und Leitwerk mit Bremsfallschirm. Verwendung auch ohne Fallschirm, um Durchschlagkraft zu erhöhen. Gesamtlänge 84 cm; Füllung 7 Elektron-Thermit-Brandsätze mit Treibladungen, die einzeln im Zeitraum von einer Minute ausgestoßen und bis zu 50 m weit geschleudert werden. Durch den Rückstoß wird die Ausstoßrichtung stetig verändert.

Bekämpfung aus der Deckung mit Sand und Wasser.

4. Brandplättchen:

5 × 5 bzw. 10 × 10 cm große Zelluloidscheiben von 1 mm Dicke, enthaltend 1 bis 4 Stückchen Phosphor zwischen Stoffstreifen als Zünder.

Abbrand in 15 Sekunden bis zu 10 Minuten; Flammenhöhe 20 bis 30 cm.

Vernichtung durch Abbrennen an gefahrloser Stelle oder durch Eingraben in einer Tiefe von mehr als 50 cm.

5. Phosphorkanister 22,5 kg:

Größe 25 × 40 cm mit etwa 20 kg Brandmasse, bestehend aus Leichtbenzin, Rohkautschuk, Phosphor und Schwefel. Brandmasse sehr giftig, angefeuchtete und nicht mehr brennende Brandmasse nicht berühren.

Kanister zerplatzt beim Aufschlag. Inhalt versprüht im Umkreis von 20 bis 50 m. Brandmasse entzündet sich von selbst und brennt mit stark rußender helleuchtender Flamme unter Bildung von weißlichen beizenden Rauchscheiden ab. Abdecken der brennenden Flächen mit Sand, sodann anfeuchten. Beseitigung der mit Sand abgedeckten Brandmasse in mit Wasser gefüllten Eimern und einen Meter tief eingraben. Gasmaske aufsetzen.

Berühren der Brandmasse mit bloßen Händen unter allen Umständen vermeiden.

6. Phosphor-Brandbombe 14 kg:

Stahlblechzylinder und Aufschlagzünder mit Verzögerung von 0,5 Sek. Durchmesser 12,5 und Länge 81 cm, mit Leitwerk, Inhalt 3 kg Brandmasse, die der in den Phosphorkanistern gleicht.

Große Durchschlagskraft. Durch Aufschlagzünder wird die Treibkraft (Schwarzpulver) gezündet; Stichflamme bis zu 50 m hoch. Die Brandmasse wird je nach den Windverhältnissen 30 bis 75 m verstreut.

Brandbekämpfung und Vernichtung wie bei Phosphorkanistern.

7. Englische Brandflasche:

Inhalt 0,3 l Phosphorkautschuk.

Beim Zertrümmern der Flasche spritzt Brandmasse unter Stichflammenbildung auseinander. Zündwirkung und Bekämpfung der Brandmasse wie bei Phosphorkanistern und Phosphor-Brandbomben.

Unzerstörte Brandflaschen vorsichtig aufnehmen, aber nicht öffnen, sondern unter Wasser aufbewahren.

8. Englische Phosphor-Brandbombe 1200 kg:

Als Bombenhülle wird ein Blechkörper wie bei Minenbomben verwendet. Inhalt 800 l Benzol mit Kunstharz und 25 kg Phosphor als Zündmittel.

Nach Aufschlag große Flammenerscheinung, Spritzer der Brandmasse bis 150 m.

Bekämpfung durch Schlauchleitungen mit Wasser oder Schaum. Sodann mit feuchtem Sand Brandmasse abdecken und entfernen.

Bei Blindgängern Selbstentzündungsgefahr durch Leckwerden. Nachträgliche Detonation möglich. Vorläufige Sicherung durch Naßhalten oder Abdecken mit nassem Sand.

9. Flüssigkeitsbrandbombe 113 kg:

Stahlblechzylinder mit Aufschlagzünder und Leitwerk; Durchmesser 30 cm, Länge 1,48 m. Inhalt etwa 50 kg Schweröl, Petroleum, Benzin und zusätzlich Stoffreste.

Nach der Detonation Brandherde mit Wasser oder Sand ablöschen (Gasmasken verwenden, Stichflammengefahr und starke Qualmentwicklung).

Benachrichtigung der auswärts eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD über Bombenschäden in der Heimat.

RdErl. d. RSHA. v. 4.5.1943

— IA 1d Nr. 196/43 —

(1) Nach Terrorangriffen treten Familienangehörige von auswärts eingesetzten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD über die Heimatdienststellen oder unmittelbar an das RSHA mit der Bitte um Benachrichtigung der im Einsatz befindlichen Männer oder Frauen heran, daß ihnen ein Schaden nicht erwachsen sei. Umgekehrt erbitten die auswärts Eingesetzten nach Luftangriffen Nachricht über das Ergehen ihrer Familienangehörigen.

(2) Diese Anliegen sind verständlich. Der im Einsatz befindliche Mann soll nach einem Luftangriff um seine Familie nicht unnötig in Sorge sein. Die dienstlichen Nachrichtenwege haben jedoch hierdurch eine starke Belastung erfahren.

(3) Der Mann oder die Frau im Einsatz oder bei sonstiger auswärtiger Verwendung muß wissen, daß

bei Ausbleiben einer dienstlichen Mitteilung in H und Familie alles in Ordnung ist.

(4) Ich ordne daher an:

a) Bei Tod von Familienangehörigen durch Luftangriffe ist sofort fernschriftlich von der Heimatdienststelle die Beschäftigungsdienststelle des Betroffenen zu benachrichtigen. Besteht keine mittelbare Verbindung zur Einsatzdienststelle, FS-Meldung an das RSHA. Ref. I A 1 erforderlich. Kennwort: Tod durch Luftangriff.

b) Bei schweren Verletzungen und schweren Bombenschäden (Totalschaden, Evakuierung) und mittleren Bombenschäden (Teilschaden) kann v zu a) verfahren werden.

Kennwort: Bombenschaden.

c) Leichte Bombenschäden (Glas- und Fensterschäden) sind den Beschäftigungsdienststellen nicht mitzuteilen.

d) Mitteilungen, daß bei Luftangriffen Schäden nicht eingetreten sind, haben zu unterbleiben.

(5) In Einzelfällen sind Abweichungen von diesen Richtlinien denkbar. Grenz- und Zweifelsfälle dürfen nicht Gegenstand von Erörterungen werden oder zur Unterlassung der Meldung führen.

(6) Dieser Erl. ist allen Angehörigen der Sich.P. u. des SD bekanntzugeben.

(7) Die Familienangehörigen sind auf dem Treuungswege durch die Dienststellen von vorstehenden Bestimmungen zu unterrichten.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 1.

Vereinfachung der Verwaltung; hier:

Berichte über Dienstunfälle gemäß A B. 3 zu § 123 DB

RdErl. d. RF//uChdDtPol. i. RMdI. v. 5. 5. 1943

SIA 1a Nr. 133/43.

(1) Die Regelungsbehörden der Sich.Pol. (Kap. 14a) werden durch einen besonderen Erl. zu Festsetzungsbehörden für alle Versorgungsangelegenheiten von Beamten des einfachen, des mittleren und des höheren Verwaltungsdienstes sowie des mittleren und leitenden Vollzugsdienstes (bis einschl. Kriminaldirektoren) bestimmt.

Damit entfällt für die genannten Beamtengruppen die Vorlage der Dienstunfallnachweisungen an das RSHA. gemäß Erl. v. 20. 5. 1939 — S—V 3 Nr. 178/43.

(2) Entsprechend dem RdErl. d. RMdI. v. 5. 4. 19 (RMBliV. S. 573) ist im Bereich der Sich.Pol. n sofortiger Wirkung die Entscheidung darüber, ob ein Dienstunfall anzunehmen ist oder nicht, bei den Beamten bis zur Bes.Gr. A 2d einschl. von den Leitenden der Kassenanschlagstellen der Sich.Pol. (Kap. 14) zu treffen. Nur bei Dienstunfällen von Beamten des höheren Dienstes (ab Bes.Gr. A 2c2) sind dem RSHA die vorgeschriebenen Dienstunfallnachweisungen doppelter Ausfertigung zur Entscheidung vorzulegen.

(3) Für die Bearbeitung von Dienstunfallangelegenheiten der Beamten der Reichskriminalpolizei und des Gefängnisaufsichtsdienstes, die wirtschaftlich von der Ordnungspolizei betreut werden, gelten die entsprechenden Bestimmungen der Ordnungspolizei.

(4) Bei der Bearbeitung von Dienstunfallangelegenheiten sind die §§ 107—125 des DBG. sowie d hierzu ergangenen Durch- und Ausführungsbestimmungen genau zu beachten. Hinsichtlich der Anerkennung von übertragbaren Kassenanträgen als

Unfälle verweise ich noch besonders auf die 7. Verordnung zur Durchführung des DBG. v. 13. 10. 1942 (RGBl. I S. 624) und den RdErl. v. 2. 11. 1942 betr. Unfallfürsorge für Beamte in Gebieten außerhalb des Großdeutschen Reiches im Falle einer Erkrankung an übertragbaren Krankheiten (RBB. S. 208).

(5) Weiter weise ich noch darauf hin, daß Verwundungen, Unfälle usw., die im Zusammenhang mit Kampfhandlungen eingetreten und als Personenschaden im Sinne der Personenschadenverordnung anerkannt sind, gleichzeitig als Dienstunfall gem. § 107 DBG. gelten. Die Anerkennung des Körperschadens als Personenschaden erfolgt durch das für den Wohnort zuständige Versorgungsamt. Die Aufstellung einer Dienstunfallnachweisung neben der Wehrdienstbeschädigungsliste ist nicht erforderlich. Es ist aber dafür zu sorgen, daß eine Abschrift der Wehrdienstbeschädigungsliste oder des Nachweises über den anerkannten Personenschaden zu der Pers.-Akte des Beamten genommen wird, um evtl. spätere Unfallversorgungsansprüche geltend machen zu können.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 152.

Schutzimpfungen.

RdErl. des RSHA. vom 5. 5. 1943 —

I San. — Nr. 734/43.

Die von Heimatdienststellen der Sich.Pol. u. des SD zum Einsatz abgeordneten Angehörigen der Sich.Pol. u. des SD sind ohne Ausnahme vor der Inmarschsetzung zum Einsatz gegen Pocken, Typhus, einschließlich Paratyphus A und B, und Cholera zu impfen.

Um Verzögerungen der Inmarschsetzung zum Einsatz durch eine verspätet eingeleitete Fleckfieberimpfung zu vermeiden, können den Betreffenden nach Verabfolgung der 1. Einspritzung mit Fleckfieberimpfstoff die Ampullen für die beiden übrigen Einspritzungen mitgegeben werden, so daß die Impfung durch den Truppenarzt der Einsatzgruppen unverzüglich fortgesetzt und beendet werden kann. Wiederholungsimpfung gegen Fleckfieber erfolgt nach einem Jahr, wenn die Gefährdung weiter besteht. Wiederholungsimpfung gegen Pocken ist nach 6 Jahren, gegen Typhus und Cholera je nach 8 Monaten durchzuführen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 153.

Verbot der Einweisung schwangerer Häftlinge in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück bzw. in die Frauenabteilungen der Konzentrationslager Auschwitz und Lublin.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 6. 5. 1943

— IV C 2 Allg. Nr. 43 076 —

(1) In letzter Zeit sind trotz der bestehenden Verbote schwangere Häftlinge in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück und die Frauenabteilungen der Konzentrationslager Auschwitz und Lublin eingewiesen worden.

(2) Da in den Konzentrationslagern keine Entlassungsmöglichkeit besteht, wird die Einweisung derartiger Häftlinge nochmals grundsätzlich untersagt.

(3) Ich weise ausdrücklich erneut darauf hin, daß alle weiblichen Häftlinge vor der Überführung in ein Konzentrationslager außer auf ihre Haft-, Lager-, Arbeitsfähigkeit und den Verdacht ansteckender Krankheiten unbedingt auch auf das Bestehen einer Schwangerschaft amtsärztlich zu untersuchen sind. Der Untersuchungsbefund ist auf dem Überführungs-

(4) Wird eine Schwangerschaft ärztlicherseits festgestellt, ist von der Überführung in jedem Falle abzusehen und die Entscheidung unter Angabe des Schwangerschaftsmonats im einzelnen nachzusuchen, sofern die die Haft anordnende Stelle eine Freilassung des Häftlings auch unter diesen Umständen nicht für tragbar hält. Für den Fall, daß in Einzelfällen trotz vorherigen negativen Befundes später im Lager eine Schwangerschaft festgestellt wird, sind die Lager angewiesen, sofort der Einweisungsstelle hiervon Mitteilung zu machen. In solchen Ausnahmefällen ist ebenfalls umgehend die weitere Entscheidung einzuholen.

(5) Ich weise auf die unbedingte Beachtung dieses Erl. hin, da ich mich sonst gezwungen sehe, ggf. die hierfür Verantwortlichen für etwa entstehende Kosten haftbar zu machen.

(6) Die Erl. des ChdSPudSD. vom 26. 8. 1941 — IV C 2 Allg. Nr. 40 343 —, betr. Einweisung in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück, vom 21. 2. 1942 — IV C 2 Allg. Nr. 40 343 —, betr. Einweisung schwangerer Häftlinge in das Konzentrationslager Ravensbrück, und des RSHA. vom 18. 12. 1939 — Amt V (RKPA.) 60¹/479. 39 —, betr. vorbeugende Verbrechensbekämpfung durch die Polizei, werden hiermit aufgehoben.

An die Sicherheitspolizei. — Befehlsblatt S. 153.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind.

RdErl. des RSHA vom 7. 5. 1943

— IV C 3 — 4174/B. —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 6. 1941 IV C 3 (neu) — 4174/B. — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Gerstäcker, Friedrich, „Der Mexikaner“, Verlag für Militärgeschichte und Deutsches Schrifttum, Bad Saarow/ Mark o. J.

Dr. von Gizycki, Paul, „Geradeaus“, Carl Curtius-Verlag, Berlin 1909.

Kirchner, S., „Das Buch für die Kinder dieser Erde“, Druck und Verlag: Philipp Veit, Wiesbaden.

Lucka, Emil, „Der blutende Berg“, Verlag Hesse und Becker, Leipzig 1931.

Schneider, Oda, „Die Macht der Frau“, Otto-Müller-Verlag, Salzburg-Leipzig 1938.

Das in der Nr. 33 des Befehlsbl. des ChdSPudSD. vom 1. 8. 1942 veröffentl. Verbot der Schrift:

„Immer wieder Lucile“ von Georg Schäfer, Alster Verlag Curt Brauns, Wedel 1941,

bezieht sich nur auf die erste Auflage des Buches. Die weiteren, geänderten Auflagen sind von der Reichsschrifttumskammer zum Vertrieb freigegeben worden.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 153.

Nachrufe über Gefallene der Sicherheitspolizei und des SD

RdErl. des RSHA vom 7. 5. 1943

— I A 6 Nr. 396/43 —

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Nachrufe über Angehörige der

Sich. Pol. u. des SD, die ihr Leben dem Dienste der Wehrmacht, der Waffen-SS oder im Einsatz der Sich. Pol. u. des SD gaben, durch das RSHA — Ref. I A 6 — auf Grund der gemeldeten Verluste veranlaßt wird.

Eine unmittelbare Antragstellung bei der Schriftleitung des Befehlsbl. des ChdSPudSD. ist daher zu unterlassen.

An Sich. Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 153.

Verschiedenes

Verlust von Ausweisen.

Der für den Staffelmann Georg Lechner, geb. 5. 2. 1921, von der Einsatzgruppe B ausgestellte Uniformausweis Nr. 84 078 und der gleichfalls für Lechner von dem Einsatzkommando 9 ausgestellte Sonderausweis B 884 sind verloren gegangen und werden für ungültig erklärt.

Bei Auffindung wird um Übersendung an das Referat I A 5 des RSHA gebeten.
(I A 5 d. Az. 199).

— Befehlsblatt 1943 S. 154.

Verlust von Ausweisen und Erkennungsmarken.

Dienstausweis Nr. 7549/43, ausgestellt für den apl. Krim.Ass. Hinterleitner, Staatspolizeileitstelle Wien,

Dienstausweis Nr. 16 154/42, ausgestellt für den Krim.Ass. Oettel, BdS. Metz,

Dienstausweis Nr. 12 312/42, ausgestellt für den apl. Krim.Ass. Neumann, Staatspolizeileitstelle Kattowitz,

Dienstausweis Nr. 26 385/41, ausgestellt für den Krim. Ang. (K.) Gersthrein, Reichssicherheitshauptamt,

Dienstausweis Nr. 6335/42, ausgestellt für den Krim. Ang. Berger, Staatspolizeileitstelle Magdeburg,

Hausausweis Nr. 239/43, ausgestellt für die Büroangestellte Goldammer, Persönlicher Stab Reichsführer SS,

Hausausweis Nr. 1164/43, ausgestellt für die Kanzleiangestellte Marie Schortmann, RSHA,

Hausausweis Nr. 317/42, ausgestellt für die Kanzleiangestellte Irmgard Nitschke, RSHA,

Hausausweis Nr. 1741/42, ausgestellt für die Kanzleiangestellte Sumpf, RSHA,

Personalausweis Nr. 1134/42 zum Betreten der Reichskanzlei, ausgestellt für die Stenotypistin Gurr, Reichssicherheitsdienst,

Personalausweis Nr. 561/43, zum Betreten der Reichskanzlei, ausgestellt für die Angestellte Hübner, Reichssicherheitsdienst, sowie

die Erkennungsmarken der Geheimen Staatspolizei Nr. 3165 und 16 154

sind in Verlust geraten und werden hiermit für ungültig erklärt. Bei Auffindung wird um umgehende Übersendung an das Reichssicherheitshauptamt, Referat I A 1, ersucht.

An Sich. Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 154.

Personalmitteilungen

Reichssicherheitshauptamt.

Ernannt zum Ob. Reg. Rat: SS-Sturmbannführer Reg. Rat Richter (z. Zt. beim Befh. Paris).

Abgeordnet: SS-Sturmbannführer Reg. Rat Deumling zur E. Gr. Kroatien als Leiter des Ekdos. 10 b.

Versetzt: SS-Hauptsturmführer Krim. Rat Pannwitz n. Berlin (Stapoleitst.).

Inspekture der Sich. Pol. u. des SD.

Eingesetzt als Insp. dSPudSD. in Breslau SS-Staf. Oberst der Pol. Seetzen (bisher Insp. in Kassel); Kommissarisch als Insp. dSPudSD. in Kassel SS-O'Stubaf. ORR Bovensiepen (bisher Stapoleiter Berlin, zugleich Vertreter des Insp. in Berlin).

Staatspolizei(leit)stellen,

Ernannt zum Pol. Rat: die Pol. Ob. Inspektoren Hasenbein (Karlsruhe) u. Boywitt (Schwerin).

Versetzt: SS-Sturmbannführer Krim. Direktor Bluhm (Weimar) n. Prag, Krim. Direktor Gans (Berlin) zum RSHA;

die Pol. Räte Hasenbein (Prag) n. Karlsruhe u. Gorge (Brünn) zum Kdr. Warschau;

Krim. Rat Maurer (Breslau) n. Oppeln;

die Pol. Ob. Inspektoren Groß (Wien) n. Salzburg u. Schrank (Posen) n. Stettin;

die Pol. Inspektoren Tefehne (Köln), Birken (Salzburg) zum Kdr. Bialystok, Linder (Kdr. Bialystok) n. Salzburg, John (Hannover) n. Hamburg, Schmelter (München) n. Bromberg, Reichelt (Kdr. Krakau) n. Bremen;

SS-Obersturmführer Krim. Komm. Heinrichs (Stuttgart) zum RSHA;

Pol. Insp. Anwärter Wäezke (Hannover) n. Braunschweig.

Die Versetzung des Pol. Insp. Willy Kühn (Kdr. Lemberg) nach Posen ist aufgehoben worden.

Abgeordnet: SS-Sturmbannführer Reg. Rat Thomsen (Graudenz) zum RSHA-IV, SS-Sturmbannführer Reg. Rat Korndörfer (Berlin) zur E. Gr. Kroatien als Leiter des Ekdos. 11 a.

Kriminalpolizei(leit)stellen u. Krim. Abteilungen.

Ernannt zum Krim. Rat: SS-Hauptscharführer Krim. Komm. Dr. Paulat (Tilsit);

zum Hilfskrim. Komm.: die Krim. Komm. Anw. Heinze, Herrmann, Knoche, Opitz, Schäfer (Berlin), Ploen, Spacek, Schumann, Stührk, Focke (Hamburg), Schreiber (Breslau), Arlt (Gleiwitz), Lünig (Bochum), (Graz), Lagies (Frankfurt).

Valentin (Schneidemühl), Dahnke, Loitz (Stettin), Richwin (Recklinghausen), Sigloch (Stuttgart), Schröder (Bremen) u. Pilot (Düsseldorf).

Versetzt: //Sturmchef Reg. u. Krim. Rat Dr. Bittner (Berlin) n. Leipzig als Leiter, //Hauptsturmchef Reg. u. Krim. Rat Dr. Schumacher (Berlin) zum RSHA.-V;

//Sturmchef Krim. Direktor Bartmann (Wien) n. Braunschweig (z. Zt. abgeordnet n. Kauen);

//Hauptsturmchef Krim. Rat von Kopp (Memel) n. Aussig als Leiter, //Hauptsturmchef Krim. Rat Moritz (Berlin) n. Magdeburg als Vertr. des Leiters, //Obersturmchef Krim. Rat Menzel (Berlin) n. Hannover, Krim. Rat Leim (Aachen) n. Kassel als Vertr. des Leiters, Krim. Rat Nullmeyer (Hannover) n. Danzig;

//Hauptsturmchef Krim. Komm. Winter (Brünn) n. Berlin als Lehrer zur Führerschule, //Obersturmchef Krim. Komm. Maywald (Zwickau) n. Oppeln, Krim. Komm. Kehl (Saarbrücken) n. Klagenfurt, Krim. Komm. Christandl (Oppeln) n. München, Krim. Komm. Heidepriem (Karls-

ruhe) n. Konstanz, Krim. Komm. Wilhelm Krause (Duisburg) n. Frankfurt/M., Krim. Komm. Baltruschat (Frankfurt/M.) n. Duisburg.

In den Ruhestand versetzt: Krim. Komm. Damberg (Klagenfurt).

SD.

Versetzt: //Hauptsturmchef August Langenbach zum SD-LA. Düsseldorf;

//Obersturmchef Adolf Bohlmann zum Kdr. Lublin.

Ernannt: //Hauptsturmchef Herbert Knorr zum Ref. beim Kdr. Lemberg;

die //Untersturmchef Otto Kraatz zum AStLeiter beim SD-LA. Stettin, Josef Steinzer zum AStLeiter beim Befh. Krakau, Otto Wettstadt zum AStLeiter beim Kdr. Warschau.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim. Sekr.: Krim. Ob. Assistent August Funder (Stapoleitst. Karlsruhe), Peter Hamacher (KPLSt. Düsseldorf).

— Befehlsblatt 1943 S. 154.

Befehlsblatt

Ausgabe A

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 24

Berlin, den 22. Mai 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Heinz Schneegaß, SS - Rottenführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im Oktober 1942

Erich Sawetzky, SS-Oberscharführer, SD-Hauptaußenstelle Salzburg, im Februar 1943

Karl-Heinz Weise, Polizeiinspektor-anwärter, Staatspolizeistelle Halle, im Februar 1943

Karl Töpfl, Dr., SS-Obersturmführer, SD-Abschnitt Innsbruck, im Februar 1943

Walter Kern, SS - Obersturmführer, SD-Hauptaußenstelle Karlsruhe, im März 1943

Josef Pertlwieser, Kriminalassistenten-anwärter, Kriminalpolizeistelle Linz/Donau, im April 1943

Richard Klisch, SS - Bewerber beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Königsberg, im April 1943

Karl Seer, Kriminalangestellter beim Inspekteur der Sicherheitspolizei und des SD in Salzburg, im April 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Edmund Lotholz, SS - Rottenführer, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im Mai 1943

Heinz Mack, SS-Hauptscharführer, Kriminaloberassistent, Staatspolizeistelle Chemnitz, im April 1943

Max Werner, Dr., SS-Obersturmführer, Kriminalkommissar, Reichssicherheitshauptamt, im April 1943

Erich Reeps, SS - Rottenführer, Kommandierter der Waffen-SS, Stabskompanie im Reichssicherheitshauptamt, im April 1943

Kurt Olitsch, SS-Oberscharführer, Kriminalassistent, Staatspolizeistelle Hamburg, im April 1943

Georg Schwarting, SS-Untersturmführer, Kriminalsekretär, Staatspolizeistelle Wilhelmshaven, im Mai 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 3. 5. 43 Auflösung der Gruppe I C im RSHA. S. 158. — RdErl. 8. 5. 43 Einstellung von Volksdeutschen aus Rumänien. S. 158. — RdErl. 10. 5. 43 Anerkennung. S. 158. — RdErl. 10. 5. 43 Anerkennungen. S. 158. — RdErl. 11. 5. 43 Sichergestellte Bücher und Archivalien. S. 158. — RdErl. 11. 5. 43 Verwendung von gebrauchten Lichtbildern für Ausweise. S. 159. — RdErl. 12. 5. 43 Metallmobilisierung in der öffentl. Verwaltung — Austauschrücklinken. S. 159. — RdErl. 12. 5. 43 Versendung von Parteibeitrags- u. //Beglaubigungs- marken an die Einsatzkommandos. S. 159. — RdErl. 13. 5. 43 Liste des schädli. u. unerwünschten Schrift-

tums. S. 159. — RdErl. 14. 5. 43 Dienststellenverzeichnis der SPudSD. S. 159. — RdErl. 15. 5. 43 Dienstzeitregelung für die Sich.Pol. u. den SD. S. 160. — RdErl. 15. 5. 43 Neuregelung der Arznei-, Verbandmittel- u. Instrumentenbestellungen. S. 160. — RdErl. 17. 5. 43 Beschlagnahme von Druckschriften. S. 161.

Reichskriminalpolizei. RdErl. 10. 5. 43 Richtlinien zum RdErl. v. 19. 3. 43 über die Anordnung von Polizeihaf. S. 161.

Verschiedenes. Verlust eines Dienstausweises. S. 164. Personalmitteilungen. S. 164.

Sicherheitspolizei und SD

Auflösung der Gruppe I C im RSHA.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 3. 5. 1943

— I C — Tgb.-Nr. 210/43 —

(1) Im Verfolg der Verlagerung aller Aufgaben der Leibesübungen in der // auf das //Hauptamt — Amt C II — wird die Gruppe I C im RSHA. mit Wirkung vom 1. 4. 1943 aufgelöst. Näheres wird den beteiligten Stellen durch besonderen Erl. bekanntgegeben.

(2) Die Aufgaben der Leibeserziehung und der soldatischen Ausbildung in der Sich.Pol. u. im SD übernimmt vom gleichen Tage an die Gruppe I B im RSHA.

(3) I B wickelt schwebende Angelegenheiten der Gruppe I C im Einvernehmen mit dem bisherigen Gruppenleiter I C ab.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 158.

Einstellung von Volksdeutschen aus Rumänien

RdErl. d. RSHA. v. 8. 5. 1943

— I A 1 a Nr. 184 II/43 —

(1) Die nachgeordneten Dienststellen melden zum 20. 6. 1943 die eingestellten Volksdeutschen aus Rumänien mit folgenden Angaben dem Reichssicherheitshauptamt — I A 1 —:

1. Zu- und Vorname,
2. Geburtsdatum und -ort,
3. Familienstand,
4. Dienstbezeichnung bei der Sich.Pol. oder dem SD,
5. Heimatanschrift in Rumänien.
6. derzeitige Anschrift.

(2) Volksdeutsche aus Rumänien, die später eingestellt werden, sind unter Bezugnahme auf diesen Erlaß von Fall zu Fall zu melden.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 158.

Anerkennung

RdErl. des ChdSPudSD. vom 10. 5. 1943

— I A 1 b Nr. 85/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-// und Chef der Deutschen Polizei im RMdI. dem

//Untersturmführer Kriminalobersekretär Otto Paukstadt beim Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD. in Krakau

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für hervorragende kriminalistische Leistungen bei der Unschädlichmachung einer Fälscherbande im Distrikt Radom ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 158.

Anerkennungen

RdErl. des ChdSPudSD. vom 10. 5. 1943

— I A 1 b Nr. 48/43 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-// und Chef der Deutschen Polizei im RMdI. dem

//Sturmabführer Kriminalrat Erich Möller, Staatspolizeistelle Berlin,

//Obersturmführer Kriminalkommissar Hans Dennerlein, Reichskriminalpolizeiamt Berlin,

//Untersturmführer Kriminalsekretär Arthur Knuth, Geheimes Staatspolizeiamt Berlin,

//Sturmscharführer Kriminalsekretär Helmuth Krupke, Reichskriminalpolizeiamt Berlin, und dem

//Hauptscharführer Kriminaloberassistenten Kurt Hübner, Reichskriminalpolizeiamt Berlin,

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für Leistungen bei der Aufklärung eines Einbruchs im Bereich der Staatspolizeistelle Innsbruck ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 158.

Sichergestellte Bücher und Archivalien

RdErl. des RSHA. vom 11. 5. 1943

— VII A 1 Nr. 5486/42 —

(1) In dem Erl. des RSHA. vom 16. 6. 1942 — VII A 1 Nr. 5486/42 — (nicht veröffentl.) wurde Anweisung gegeben, alles sichergestellte Buch- und Aktenmaterial, das im Zuge von sicherheitspolizeilichen Maßnahmen zusammengetragen worden ist, nach hier zu melden. Aus den Mitteilungen der SD-(Leit-) Abschn. und Staatspol.- (Leit-) Stellen ist ersichtlich, daß an den verschiedensten Stellen des Reiches noch wichtiges Material liegt, das für die Zentralbibliothek und das Zentralarchiv des RSHA., Amt VII, von Wert ist. Das gilt besonders für die gemeldeten beschlagnahmten Bücherbestände.

(2) Im Hinblick auf die Möglichkeit einer Beschädigung der Zentralbibliothek des RSHA. durch Fliegerangriffe erscheint es z. Zt. unzweckmäßig, weiterhin Bücher und Aktenbestände nach Berlin zu überführen. Das Material soll vielmehr an den jeweiligen Standorten verbleiben, damit später im Bedarfsfalle darauf zurückgegriffen werden kann. Die erfaßten Bücher und Akten sind deshalb von den einzelnen Dienststellen in Kisten zu verpacken, den Möglichkeiten entsprechend sicher aufzubewahren und für spätere Anforderungen durch das RSHA. bereitzuhalten. Sofern von einzelnen Werken mehr als zehn Dubletten vorliegen, kann selbstverständlich eingestampft werden. Auf jeden Fall sind von den wichtigsten Büchern je zwei Exemplare aufzuheben.

(3) Die Anordnung bezieht sich nur auf die bei den Dienststellen lagernden Bestände, über deren Ver-

wertung bisher noch nicht endgültig entschieden wurde. Bei neu anfallendem Material, das im Zuge sicherheitspolizeilicher Maßnahmen sichergestellt wird, ist nach wie vor Meldung an das RSHA. erforderlich, damit

1. hier der Überblick erhalten bleibt und
2. bei wichtigem, aktuellem Material auf besondere Weisung hin Überführung erfolgen kann.

Dieser Erl. gilt gleichzeitig als Beantwortung der dortigen Meldungen zu der Anweisung VII A 1 — Nr. 5486/42 vom 16. Juni 1942.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 158.

Verwendung von gebrauchten Lichtbildern für Ausweise

RdErl. des RSHA. vom 11. 5. 1943

— I A 5 d Az. SA 1 — 7 —

Anträgen auf Ausstellung von Lichtbildausweisen sind stets ungebrauchte Lichtbilder beizufügen. Alte Lichtbilder, die bereits einen Stempel oder Teile eines Stempels tragen, dürfen nicht wieder verwendet werden.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 159

Metallmobilisierung in der öffentlichen Verwaltung

— Austauschtürklinen —

RdErl. des RSHA. vom 12. 5. 1943

— II C 3 Nr. 2890/43-264-10 —

(1) Bei der Mobilisierung von metallenen Türklinken hat die Reichsstelle Eisen und Metalle die Fachgruppe Schloß- und Beschlagindustrie als Auftragslenkungsstelle für das gesamte Reichsgebiet eingeschaltet. Sämtliche beim Handel aufgegebenen Bestellungen auf Austauschtürklinen werden von dieser Stelle erfaßt. Der bisherige Auftragseingang läßt jedoch erkennen, daß den Behörden die Beschaffungsmöglichkeit von Austauschtürklinen auf diesem Wege trotz der Ergänzungsrichtlinien vom 11. 9. 1942 (vgl. RdErl. vom 1. 10. 1942 — Befehlsbl. S. 292 —) nicht genügend bekannt ist und deshalb die Mobilisierung der Türklinken aus Messing und Bronze vielfach unterbleibt.

(2) Die Metallversorgungslage macht es aber notwendig, daß die Auswechslung von Türklinken in jeder Hinsicht ausgenutzt und ein möglichst hoher Metallerntrag aus abgelieferten Türklinken erzielt wird. Ich ersuche daher, die Ersatzbestellungen für Türklinken, soweit noch nicht geschehen, umgehend auf dem vorgesehenen Wege aufzugeben. Zur Steuerung des Ersatzbeschaffungsprogramms ist mir bis spätestens 31. Mai 1943 zu berichten, wieviel Paar Ersatztürklinen in Bestellung gegeben bzw. Türklinken bereits ausgetauscht worden sind.

(3) Bei Metallgegenständen aus angemieteten oder gepachteten Dienstgebäuden und -Räumen verbleibt es bei dem Grundsatz, daß eine Ablieferung nur mit Einverständnis des Eigentümers erfolgt (vgl. Ziff. 3 des RdErl. vom 8. 9. 1942 — Befehlsbl. S. 267 —).

Fehlanzeige ist erforderlich.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 159.
(ohne Protektorat, Generalgouvernement u. besetzte Gebiete).

Versendung von Parteibeitrags- und //-Beglaubigungsmarken an die Einsatzkommandos.

RdErl. d. RSHA. vom 12. 5. 1943

— I A 5 e Az. 1-1 —

(1) Für die Zukunft sind Parteibeitragswertmarken und //Beglaubigungsmarken nicht mehr an //Angehörige der Einsatzkommandos zu senden. Die

SD-Heimatsdienststellen werden angewiesen, die Parteiwertmarken für Angehörige der Einsatzkommandos zu verwahren und den //Angehörigen nach Rückkehr oder im Urlaub auszuhändigen.

(2) Zu der Anforderung von //Beglaubigungsmarken wird auf den RdErl. vom 5. 1. 1943 — I A 5 d Az. SA 1-1 — (Befehlsbl. S. 8) verwiesen. Hiernach haben die Einsatzgruppen die //Beglaubigungsmarken selbst anzufordern.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 159.

Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums.

RdErl. d. RSHA. vom 13. 5. 1943

— IV C 3 —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 23. 5. 1940 (Befehlsbl. 1940, S. 37) teile ich folgende neue Einreihung mit:

Holzappel, Helmut: „Die sittliche Wertung der körperlichen Arbeit im christlichen Altertum“, Rita-Verlag u Druckerei der Augustiner, Würzburg, Verlag für katholisches Schrifttum, 1941.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 159.

Dienststellenverzeichnis der Sicherheitspolizei und des SD.

RdErl. des RSHA. vom 14. 5. 1943

— II A 1 Nr. 900/42-151 —

(1) Die durch Erlasse vom 10. 7. 1939 — I D 55/39 — und 22. 1. 1940 — V RKPA Nr. I B 10⁰⁰/26-39 — herausgegebenen Dienststellenverzeichnisse der Staatspolizei(lei)stellen usw. und Kriminalpolizei(lei)stellen usw. sowie das durch Erlaß vom 1. 10. 1941 — II A 1 Nr. 400 II/41-160 g — herausgegebene Verschlußsachen-Anschriftenverzeichnis werden durch ein einheitliches Dienststellenverzeichnis der Sich.Pol. u. des SD ersetzt, in dem sämtliche Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD mit ihren Anschriften, Dienststellenleitern, Zuständigkeitsbereichen, Anrufnummern usw. enthalten sind. Es sind lediglich einige Dienststellen (Einsatzgruppen und Kommandeure) in den Ostgebieten unberücksichtigt geblieben. Nach Abschluß der organisatorischen Entwicklung wird ihre Aufnahme in das Dienststellenverzeichnis durch Herausgabe von Nachträgen erfolgen.

(2) Das Dienststellenverzeichnis wird den Dienststellen demnächst übersandt werden. Seine Auflage mußte zwecks Einsparung von Rohstoffen auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Die Dienststellen können daher nur die für ihren Dienstbetrieb unbedingt notwendige Anzahl an Verzeichnissen erhalten. Nachforderungen können nur in besonders begründeten Fällen berücksichtigt werden.

(3) Dienststellen, die mehrere Sparten (Staatspolizei, Kriminalpolizei und SD) in sich vereinigen, haben jeder einzelnen Sparte ein Verzeichnis zur Verfügung zu stellen. Im übrigen hat die Verteilung der übersandten Verzeichnisse derart zu erfolgen, daß jedes Exemplar einem größeren Kreis von Sachgebieten zur Verfügung steht.

(4) Das Dienststellenverzeichnis wird in Form einer losen Blattsammlung herausgegeben, so daß es ständig auf dem neuesten Stand gehalten werden kann. Um dieses zu gewährleisten, sind die Dienststellen verpflichtet, jede Änderung in ihrem Bereich, die eine Berichtigung des Verzeichnisses erfordert, dem RSHA. — Referat II A 1 — umgehend mitzuteilen. Hierbei ist insbesondere auf die Mitteilung folgender Änderungen zu achten:

1. Änderungen im Bestande der unterstellten oder zugehörigen Dienststellen.
2. Änderungen von Anschriften und Anrufnummern der einzelnen Dienststellen.

3. Änderungen infolge von Versetzungen und Beförderungen der Chefs bzw. Dienststellenleiter (Verschlussachenempfänger). Bei Abordnungen oder Einberufungen zum Einsatz oder zur Wehrmacht sind die Stellvertreter mitzuteilen, sofern mit einer längeren Abwesenheit zu rechnen ist.

4. Änderungen hinsichtlich der Zuständigkeitsbereiche.

(5) Die Meldungen sind auch dann vorzulegen, wenn die Änderungen auf Grund eines Erl. des RSHA. erfolgt sind. In diesen Fällen sind die Aktenzeichen der betreffenden Erl. anzugeben.

(6) Die Berichtigungen werden fortlaufend im Befehlsbl. der Sich.Pol. u. des SD bekanntgegeben. Sie sind von den Dienststellen unverzüglich vorzunehmen. Nicht berichtigte Verzeichnisse können u. a. Fehlleitungen oder Verzögerungen bei der Übersendung von Verschlussachen zur Folge haben.

(7) Der Druck des Verzeichnisses erfolgte in der Zeit vom Januar bis April 1943. Die während dieser Zeit eingetretenen Änderungen sind in einem Berichtigungsblatt, das dem Verzeichnis beigeheftet ist, aufgeführt. Die Dienststellen haben nach Empfang des Verzeichnisses unter Berücksichtigung dieses Berichtigungsblattes weitere etwa erforderliche Berichtigungen dem RSHA — Ref. II A 1 — umgehend mitzuteilen.

(8) Mit der Herausgabe des neuen Dienststellenverzeichnisses werden folgende Verzeichnisse ungültig:

1. das durch Erl. vom 10. 7. 1939 — I D 55/39 — herausgegebene Dienststellenverzeichnis der Staatspolizei(lei)stellen usw.;
2. das durch Erl. vom 22. 1. 1940 — V RKPA Nr. I B 10⁰⁰/26-39 — herausgegebene Dienststellenverzeichnis der Kriminalpolizei(lei)stellen usw.;
3. das durch Erl. vom 1. 10. 1941 — II A 1 Nr. 400 II/41-160 g — herausgegebene Verschlussachen-Anschriftenverzeichnis.

Diese Verzeichnisse sind in Zukunft nicht mehr weiter zu führen.

An Sich.Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 159.

Dienstzeitregelung für die Sicherheitspolizei und den SD.

RdErl. des RSHA. vom 15. 5. 1943

— II A 1 Nr. 316/42-151 —

Durch Anordnung des Vorsitzenden des Minister rats für die Reichsverteidigung vom 10. 3. 1943 (RGBl. I S. 141) ist für die Angehörigen der öffentlichen Verwaltungen und Betriebe eine neue Dienstzeitregelung getroffen worden. Bei den Dienststellen der Sich.Pol. u. des SD ist daher die allgemeine Dienstzeit sofort, entsprechend dieser Anordnung, festzusetzen. Dabei ist folgendes besonders zu beachten:

1. Die Einführung der durchgehenden oder geteilten Arbeitszeit richtet sich nach der bisherigen örtlichen Regelung (vgl. Ziff. 5 der Anordnung). Soweit eine durchgehende Arbeitszeit in Frage kommt, ist der allgemeine Bürodienst in Anpassung an die für das RSHA. bestimmte Regelung an den Wochentagen Montag bis Freitag auf die Zeit von 8 bis 17.30 Uhr und am Sonnabend auf die Zeit von 8 bis 13.30 Uhr festzusetzen. Für die Sonnabendnachmittage und die Sonn- und Feiertage ist, soweit nicht aus dienstlichen Gründen eine darüber hinausgehende Regelung notwendig ist, der er-

forderliche Dauer- und Bereitschaftsdienst sicherzustellen. Soweit bisher geteilte Arbeitszeit üblich war, haben die Befehlshaber und Inspektoren nach Möglichkeit für eine einheitliche Festsetzung der Dienststunden bei den Dienststellen ihres Bereiches Sorge zu tragen.

2. Die Zeiten für die dienstliche Körper schulung der Gefolgschaftsmitglieder liegen innerhalb der allgemeinen Bürostunden.
3. Satz 1 der Ziffer 4 der Anordnung vom 10. 3. 1943 findet grundsätzlich nur Anwendung auf die ~~FF~~-Führer und Beamten in leitenden Stellungen.
4. Für Frauen, die in ihrem Haushalt für Familienangehörige (Ehemann oder Kinder) zu sorgen haben, verbleibt es vorerst bei den bisherigen Dienststunden, soweit der Haushalt nicht von andern — nicht im Arbeitseinsatz befindlichen Familienangehörigen — besorgt werden kann.
5. Die Arbeitszeit der nichtvollbeschäftigten Gefolgschaftsmitglieder ist der Neuregelung anzupassen.
6. Die Arbeitszeit der Lohnempfänger regelt sich nach den dienstlichen Bedürfnissen und der Art ihrer Arbeit.
7. Soweit eine örtliche Sonderregelung für den Dienst an Tagen nach vorhergegangenem nächtlichen Fliegeralarm beabsichtigt wird, ist die Entscheidung des zuständigen Inspektors bzw. Befehlshabers der Sich.Pol. u. des SD einzuholen. Für die Dienststellen in Berlin liegt die Entscheidung beim RSHA.
8. Im auswärtigen Einsatz hat sich die Diensterteilung in erster Linie nach den örtlichen Erfordernissen zu richten.

An Sich.Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 160.

Neuregelung der Arznei-, Verbandmittel- und Instrumentenbestellungen.

RdErl. des RSHA. vom 15. 5. 1943.

— I San. — Nr. 466/43 —

Unter Aufhebung aller bisher ergangenen diesbezüglichen Anordnungen wird mit Wirkung vom 1. 7. 1943 folgende Neuregelung getroffen:

(1) Die Arznei-, Verbandmittel- und Instrumentenbestellungen sind vierteljährlich, und zwar zum 1. 1., 1. 4., 1. 7. und 1. 10. jeden Jahres, dem leitenden Arzt beim RSHA. einzureichen. Zwischenanforderungen können nicht berücksichtigt werden. Als Ausnahme werden lediglich Anforderungen beliefert, die durch Ausbruch von Seuchen, durch Katastrophen, sowie durch erhebliche Vergrößerung der Lager bedingt sind. Derartige Anforderungen sind eingehend zu begründen.

(2) Die Einnahme- Ausgabebescheinigungen sind in 4-facher Ausfertigung ordnungsgemäß mit Schreibmaschine zu erstellen. Sie sind von einem Arzt zu unterzeichnen. Es ist größte Sparsamkeit unter Vermeidung ausländischer Drogen und kostspieliger Spezialitäten anzuwenden. Rechts oben ist die genaue Bezeichnung und Anschrift der empfangenden Dienststelle einzusetzen. Auf den Anforderungen ist ferner die Iststärke der einzelnen Dienststellen bzw. Lager anzugeben. Arzneimittelanforderungen für ~~FF~~-Stammmannschaften der Lager sind gesondert aufzuführen.

(3) Einnahme- Ausgabebescheinigungen sind nicht mehr beim ~~FF~~-Sanitätsamt (jetzt Amtsgruppe D des ~~FF~~-Führungshauptamtes) anzufordern. Nach Aufbrauch der vorhandenen Einnahme- Ausgabebescheinigungen ist ihr Bedarf für ungefähr ein Jahr auf einer der Bestellungen rechtzeitig anzugeben.

(4) Dieser Erlaß tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die nächsten Anforderungen sind zum 1. 7. 1943 an das RSHA. — I San. — einzureichen.
An Sich. Pol. u. SD. — Befehlsblatt S. 160.

Beschlagnahme von Druckschriften, die nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingereiht sind

RdErl. des RSHA. vom 17. 5. 1943

— IV C 3 — 4174/B —

Unter Bezugnahme auf meinen RdErl. vom 9. 6. 1941 — IV C 3 (neu) — 4174/B — (Befehlsbl. S. 103) teile ich folgende Druckschriften mit, die ohne Einreihung in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums zu beschlagnahmen und einzuziehen sind:

Peters, Wolfgang, „Ein Volk haßt, Ungarns Kampf um sein Recht“. Brunnenverlag Willi Bischoff, Berlin.

Schumann, Ruth, „Die Silberdistel“, G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung.

Weege, Robert, „Die Nemanjiden“, Verlag Velhagen u. Klasing, Leipzig, 1939.

Geist, Hans Friedrich, „Kind und Material“, Verlag Otto Maier, Ravensburg.

Rauecker, Bruno, Prof. Dr., „Europäische Sozialordnung im Werden“, Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin SW 68, 1942.

Blachetta, Walther, „Das Buch der deutschen Sinnzeichen“, Widukind-Verlag, Alexander Boß, Berlin-Lichterfelde, 1941.

Peters, Bernhard, „Im Umbruch der Zeit“, Karl Bäuerle, Verlagsbuchhandlung, Karlsruhe i. B., 1934.

Köhler, Karl Ernst, „Zeit ohne Grenze“, Verlag Heitz und Cie., Straßburg.

„Bücher der Heimat“, Steyrermühl-Verlag, Wien.

An Sich. Pol. u. SD.

— Befehlsblatt S. 161.

Reichskriminalpolizei

Richtlinien

zum RdErl. des RFuChdDtPol. im RMdI. vom 19. 3. 1943 — S II A 2 Nr. 57/43 — 176 — über die Anordnung von Polizeihaft (Bef. Bl. S. 86)

RdErl. d. ChdSudSD. vom 10. 5. 1943

— V A 2 Nr. 557/43 —

1. Die Ermächtigung, Polizeihaft anzuordnen, soll die Kriminalpolizei(lei)stellen in die Lage setzen, mit eigenen Mitteln ohne arbeit- und zeitraubende Inanspruchnahme anderer Behörden alle zur Durchführung ihrer Aufgaben notwendigen Maßnahmen zu treffen.

2. (1) Um die Beschränkung der Polizeihaft auf die notwendigen und damit zulässigen Fälle sicherzustellen, entscheidet über ihre Verhängung der Leiter der Kriminalpolizei(lei)stelle durch schriftliche Anordnung.

(2) Die Polizeihaft kann bis zu 21 Tagen, gerechnet vom Tage der Festnahme ab, aufrechterhalten werden. Der Leiter der Kriminalpolizei(lei)stelle hat in geeigneter Weise dafür zu sorgen, daß die Polizeihaft bei Fortfall der Haftgründe sofort durch Entlassung beendet wird, oder daß die Polizeihaft unverzüglich durch Untersuchungs-, Straf-, Vorbeugungs-, Schutz- oder Abschiebungshaft usw. abgelöst wird, sobald sich die Voraussetzungen hierzu ergeben.

(3) Die Leiter der Kriminalpolizei(lei)stellen können einen geeigneten leitenden Vollzugsbeamten als ständigen Beauftragten in Polizeihaftangelegenheiten bestimmen.

3. (1) Es ist grundsätzlich daran festzuhalten, daß eine Polizeihaft bis zu 21 Tagen auch in schwierigen Ermittlungsfällen genügt. Haftfälle, in denen in 21 Tagen nicht so viel Beweismaterial zusammengetragen werden kann, daß ein richterlicher Haftbefehl zu erlangen ist, müssen unbedingt Ausnahmen bleiben.

(2) Spätestens am 10. Hafttage ist in der Regel zu übersehen, ob ein richterlicher Haftbefehl bis zum 21. Hafttage erwirkt werden kann, oder ob eine Überführung in polizeiliche Vorbeugungshaft erforderlich wird, sofern die Haft überhaupt fort dauern muß. Am 10. Hafttage ist bei beabsichtigter Überführung in Vorbeugungshaft ein entsprechender Antrag nach den hierfür geltenden Richtlinien vom 4. 4. 1938 i. d. F. vom 8. 4. 1942 zum grundlegenden Vorbeugungserlaß vom 14. 12. 1937 mittels Schnellbriefs zu stellen. Der Antrag ist mit einem auffallenden Vermerk: „Polizeihaft“ zu versehen. Bis zum Eingang der Ent-

scheidung des Reichskriminalpolizeiamtes kann der Häftling weiter in Haft behalten werden. Die Begründung für die Vorbeugungshaft wird in diesen Fällen in der Regel weniger auf das kriminelle oder asoziale Vorleben des Häftlings als auf die Schwere und den asozialen Charakter der Handlungen und deren Auswirkungen, die Gegenstand des polizeilichen Untersuchungsverfahrens sind, und auf die Gefahr der Fortsetzung oder Wiederholung derartiger Straftaten abzustellen sein.

4. Die Anordnung der Polizeihaft ist nach anl. Muster I zu verfügen. Die Anordnungsverfügung muß eine ausreichende Begründung enthalten, aus der Zweck und Notwendigkeit der Haft einwandfrei hervorgehen. Sie ist zur kriminalpolizeilichen Personenakte des Häftlings zu geben. In die Ermittlungsakte ist lediglich unter Angabe des Datums ein Vermerk aufzunehmen, daß der Betreffende in Polizeihaft genommen worden ist.

5. (1) Die Eröffnung der Festnahme gem. Ziff. III (6) des RdErl. vom 19. 3. 1943 über Polizeihaft ist nach anliegendem Muster II vorzunehmen und zur kriminalpolizeilichen Personenakte des Häftlings zu geben.

(2) Die Haftgründe sind dem Festgenommenen insoweit bekanntzugeben, als dadurch der Ermittlungszweck nicht gefährdet wird.

6. Nach Anordnung der Polizeihaft ist sofort zu prüfen, ob fürsorgliche Maßnahmen zur Betreuung von Angehörigen erforderlich sind. Das Erforderliche ist gegebenenfalls unverzüglich zu veranlassen.

7. Für die Polizeihaft gilt der allgemeine Grundsatz, daß in polizeilichen Ermittlungsverfahren eine Vertretung des Häftlings durch Rechtsanwälte nicht vorgesehen ist.

8. Beschwerden und Gesuche, denen nicht abgeholfen wird, sind mittels Schnellbriefs, der mit einem auffallenden Vermerk „Polizeihaft“ zu kennzeichnen ist, dem Reichskriminalpolizeiamt mit ausführlicher Stellungnahme und einer Durchschrift der Anordnungsverfügung zur Entscheidung zuzuleiten.

9. Die Leiter der Kriminalpolizei(lei)stellen mache ich persönlich dafür verantwortlich, daß mit der ihnen gegebenen Ermächtigung keinerlei Mißbrauch getrieben wird.

10. Die Geheime Staatspolizei ist zwecks Anordnung von Schutzhaft zur Durchführung kriminalpolizeilicher Ermittlungsverfahren nicht mehr in Anspruch zu nehmen.

An die Kriminalpolizei.

— Befehlsblatt S. 161.

Muster I

Staatliche Kriminalpolizei
Kriminalpolizei(leit)stelle
— Der Leiter —

....., den 194..

Tgb.-Nr.

Anordnung der Polizeihaft.

Der (Die) auf umseitigem Personalbogen näher bezeichnete
.....
(Beruf) (Vornamen, Familienname)
geboren am in
wird auf Grund des RdErl. des Reichsführers-// und Chefs der Deutschen Polizei im RMdI. vom 19. 3.
1943 — S — II A 2 Nr. 57/43 — 176 — mit Wirkung vom
(Tag und Uhrzeit der Festnahme)
in Polizeihaft genommen.

Begründung:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

.....
(Unterschrift)

Muster I (Rückseite).....
(Dienststelle)

....., den 19...

Angaben zur Person

Zuname (bei Frauen auch Geburtsname):

Vornamen:

Geburtstag:

Geburtsort:

Beruf:

Wohnort und Wohnung:

Familienstand:

Kinderzahl (auch Alter):

Glaubensbekenntnis und Abstammung:

Staatsangehörigkeit:

☐ Wehrverhältnis (ggf. auch Arbeitsdienstverhältnis):

Mitgliedschaft bei der NSDAP oder ihrer Gliederungen:

..... seit Mitglieds-Nr.

..... seit " "

..... seit " "

Amtsträger in der NSDAP angeschlossenen Verbänden:

..... bei seit

(Amt)

..... bei seit

..... bei seit

Orden und Ehrenzeichen:

Anschrift der nächsten Angehörigen:

Ihre Benachrichtigung ist erfolgt.

nicht erfolgt, weil

Fürsorgemaßnahmen sind erforderlich und veranlaßt.

nicht erforderlich.

Aufgenommen von

.....
(Dienstgrad)

Muster II.....
(Dienststelle)

....., den 19...

Tgb.-Nr.**Eröffnungsverhandlung.**

Vorgeführt erscheint der (die)

.....
(Beruf).....
(Vor- und Zuname)geb. am in
und erklärt:Mir ist eröffnet worden, daß ich auf Grund des Erlasses des Reichsführers-**//** und Chefs der Deutschen Polizei im RMdI vom 19. 3. 1943 — S II A 2 Nr. 57/43 — 176 — in Polizeihaft genommen werde.

Die Gründe sind mir bekanntgegeben worden.

v. g. u.

.....
(Vor- und Zuname)

g. w. o.

.....
(Name und Dienstbezeichnung)**Verschiedenes****Verlust eines Dienstausweises**Der am 1. 1. 1942 für **//**-Sturmchef Rudi Brodbeck, **//**-Nr. 290 538, erstellte rote Dienstausweis Nr. 17 023/42 ist verlorengegangen.

Bei Auffindung wird um Einsendung an das Referat I A 5 des RSHA. gebeten.

(I A 5 d. Az.: 2131) — Befehlsblatt 1943 S. 164.

Personalmitteilungen**Reichssicherheitshauptamt**Versetzt: **//**-Sturmchef Reg. u. Krim.Rat Müller n. Königsberg/Pr. als Leiter der KPLSt.; die Pol.Insp.Anw. Schönecke, Helbing u. Bast zur Stapoleitst. Berlin.**Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.**

Ernannt zum Pol.Insp.: apl. Pol.Insp. Kallender (Kdr. Bialystok).

Staatspolizei(leit)stellenVersetzt: **//**-Obersturmchef Krim.Komm. Cygan (Kattowitz) zum Kdr. Lemberg, Krim.Komm. Huwe (Königsberg) n. Frankfurt/O.; die Pol.Insp.Anw. Adolf Schmidt (Bremen) n. Dortmund, Pott (Dortmund) n. Bremen.Abgeordnet: **//**-Sturmchef Reg.Rat Kück (Kattowitz) zur Stapoleitst. Berlin zur Dienstleistung als pers. Ref. beim Insp. Berlin, **//**-Sturmchef

Reg.Rat Herbst (Potsdam) zur E.-Gr. Kroatien als Leiter der Abt. IV.

**Kriminalpolizei(leit)stellen
u. Krim.Abteilungen**Versetzt: Krim.Komm. Uliczka (Duisburg) n. Brunn, **//**-Untersturmchef Krim.Insp. Kastens (Bremen) n. Lübeck.

In den Ruhestand versetzt: Krim.Komm. Poppitz (Leipzig).

SD.Ernannt: **//**-Obersturmchef Willy Seibert zum Gruppenleiter III D im RSHA;**//**-Sturmchef Alfred Nickol zum Kommandeur der SD-Schule Bernau;**//**-Hauptsturmchef Werner Fontane zum Hauptaußenstellenleiter beim SD-LA. Düsseldorf;**//**-Untersturmchef Fritz Groß zum Außenstellenleiter beim SD-LA. Posen.Versetzt: **//**-Sturmchef Hermann Müller zum SD-A. Kiel;**//**-Hauptsturmchef Wilhelm Krüger zum Kdr. Lemberg.Kommandiert: **//**-Sturmchef Wilhelm Greifenberger zum Befh. Prag.**Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz**

Ernannt zum Krim.Sekr.: Krim.Ob.Assistent Wilhelm Berger (KPLSt. Breslau).

— Befehlsblatt 1943 S. 164.

165³/6.
J. Kumpfle

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt (IA 7)
Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck).
Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 25

Berlin, den 27. Mai 1943

4. Jahrgang

Tagesbefehl

Kameraden!

Am 4. Juni 1943 jährt sich zum ersten Male der Todestag unseres // -Obergruppenführers Reinhard Heydrich. Dieser Tag soll uns Anlaß sein, in stiller Feier seiner zu gedenken und dem Schöpfer der Sicherheitspolizei und des SD zu danken für seine Taten, die er für Führer und Vaterland und auch für uns vollbrachte.

An seiner letzten Wirkungsstätte als stellvertretender Reichsprotector in Prag wird am Tage seines Todes eine besondere Ehrung seines Lebenswerkes erfolgen. An der Stätte seines Schaffens in Berlin werde ich mit den Amtschefs gleichzeitig in Eurem Namen einen Kranz an seinem Grabe niederlegen. Im Kreise der engsten Mitarbeiter wird dann eine Feierstunde in seinen alten Arbeitsräumen folgen, wo auch seine Totenmaske ihren würdigen Platz finden wird.

Auch Ihr draußen in den Dienststellen sollt an seinem Todestage Eures ersten Chefs in stiller Feier gedenken. Benutzt diese Stunde der Besinnung, Eure Kräfte zu sammeln und Eure Gedanken auf das große Ziel zu richten, an dem Ihr an verantwortungsvoller Stelle mitarbeitet. Redet nicht viel, sondern handelt. So ehrt Ihr am schönsten unseren teuren Toten.

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner

// -Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Befehlsblatt

des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD

Herausgegeben vom Reichssicherheitshauptamt Berlin

Erscheint im allgemeinen jeden Sonnabend. Schriftleitung im Reichssicherheitshauptamt, Amt II, Berlin SW 11, Prinz-Albrecht-Straße 8. Ausgabe A (zweiseitiger Druck), Ausgabe B (einseitiger Druck). Einzelnummern durch die Schriftleitung. Druck: Preußische Verlags- und Druckerei GmbH., Berlin.

Nummer 26

Berlin, den 29. Mai 1943

4. Jahrgang



Für Führer und Reich gaben ihr Leben

als Angehörige der Wehrmacht oder Waffen-SS:

Heinz Ostfeld, SS-Bewerber, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Hamburg, im November 1942

Wilhelm Boonholt, Kriminalsekretär, Kriminalpolizeistelle Recklinghausen, im März 1943

Kurt Scharbert, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Wien, im März 1943

Walter Brandes, SS-Untersturmführer, SD-Abschnitt Bremen, im März 1943

Werner Glaser, a. pl. Kriminalassistent, Kriminalpolizeistelle Frankfurt/Main, im März 1943

im Einsatz der Sicherheitspolizei und des SD:

Fritz Schukat, SS-Untersturmführer, Kriminalkommissar a. Pr., Staatspolizeistelle Hohensalza, im April 1943

Werner Desselmann, SS-Obersturmführer, SD-Leitabschnitt Berlin, im April 1943

Herbert Schulz, Kriminalangestellter beim Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in Warschau, im Mai 1943

Wir werden das Andenken an unsere Kameraden stets in hohen Ehren halten

Der Chef der Sicherheitspolizei und des SD

Dr. Kaltenbrunner
SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Polizei

Inhalt

— Schriftliche Mitteilung der veröffentlichten RdErl. erfolgt nicht. —

Sicherheitspolizei u. SD. RdErl. 6. 5. 43 Material über ehemalige Unterweltvereine in Deutschland. S. 168. — RdErl. 13. 5. 43 Heilfürsorge bei der Polizei. S. 168. — RdErl. 14. 5. 43 Devisenbewirtschaftung. Geldwechselstellen u. Reichskreditkassen. S. 168. — RdErl. 17. 5. 43 Die institutionelle Ermächtigung der Polizei. S. 169. — RdErl. 17. 5. 43 Kürzung der Reise-

kostenvergütung bei Mitnahme von Marschverpflichtung. S. 170. — RdErl. 19. 5. 43 Gleichzeitige Angabe des //Dienstgrades u. der Beamtenbezeichnung in Berichten u. Erlassen. S. 170. — RdErl. 20. 5. 43. Anerkennungen. S. 170. — RdErl. 23. 5. 43 Postüberwachungsdienst. S. 170. Personalmitteilungen. S. 171.

Sicherheitspolizei und SD

Material über ehemalige Unterweltvereine in Deutschland.

RdErl. d. RSHA. vom 6. 5. 1943

— I B Büch. Nr. 6712/43 —

(1) Die KP(Leit)stellen (ohne Berlin) und die staatl. Kriminalabteilungen melden bis zum 1. 12. 1943:

- a) welche Unterweltvereine (auch Vorbestraften- und Zuhältervereine genannt; sie selbst tarnten sich als Geselligkeits-, Vergnügungs-, Lotterie-, Gesang-, Sport- usw. -Vereine) im dortigen Ortsbereich bestanden haben (soweit bekannt, mit Gründungsjahr und sonstigen Besonderheiten). Vorhandene Original-Vereinsabzeichen sind der Meldung in je einem Stück beizufügen;
- b) welche der ortsansässigen Unterweltvereine Beziehungen zu Berliner Unterweltvereinen unterhalten haben (mit Erläuterungen über Art, Umfang und Dauer der Beziehungen);
- c) welche der ortsansässigen Unterweltvereine internationale Beziehungen zu Verbrecherkreisen bzw. Unterweltvereinen des Auslandes unterhalten haben (mit Erläuterungen wie zu b);
- d) ob sich bei der dortigen Dienststelle polizeiliche Akten (Generalakten usw.) über Unterweltvereine befinden. Zutreffendenfalls sind diese Akten mit einzusenden;
- e) ob sich bei der dortigen Dienststelle noch vereins-eigenes Aktenmaterial (Sitzungsprotokolle, Kassenbücher, Schriftwechsel, Vereinssatzungen usw.) befindet. Zutreffendenfalls ist solches Material gleichfalls der Meldung beizufügen, Rücksendung erfolgt alsbald nach Auswertung.

(2) Die Meldungen sind an das RSHA. I B Büch — in Berlin-Charlottenburg, Schloßstr. 1, zu erstatten.

(3) Fehlanzeige ist erforderlich.

An die Staatl. Kriminalpolizei. Befehlsblatt S. 168.

Heilfürsorge bei der Polizei.

RdErl. d. RSHA. vom 13. 5. 1943

— II C 2 Nr. 151/43 —

Nachstehend bringe ich einen Erlaß des Reichsführers-// (Chef der Ordnungspolizei) vom 13. 4. 1943 zur Kenntnis:

„I.

Für die in den Polizeikrankenanstalten und Polizeisanitätsstellen zur ambulanten oder stationären Behandlung im auswärtigen Einsatz sich meldenden Männer, wie Angehörige der Sicherheits-

polizei und des SD, Eisenbahner, //Frontarbeiter, Angehörige der OT., des NSKK., der // usw., sind Kosten wegen der Geschäftsvereinfachung nicht zu erheben.

Die durch die Behandlung dieser Männer entstehenden Kosten sind als Einsatzkosten zu verbuchen.

II.

Die Polizeikrankenanstalten und Polizeisanitätsstellen außerhalb des auswärtigen Einsatzes sollen wegen der häufigen Überfüllung und des stark belasteten Geschäftsbetriebes nach Möglichkeit nur in dringenden Fällen von Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD in Anspruch genommen werden, es sei denn, daß die Krankheit auf einen Unfall im Dienst zurückzuführen ist.

Entstandene Kosten für heilfürsorgeberechtigte Männer sind bei den Heimatsdienststellen der Sicherheitspolizei anzufordern, während bei den übrigen Angehörigen der Sicherheitspolizei und des SD die Kosten von den Patienten oder deren Krankenkasse zu tragen sind. Aus den Überweisungen der Truppenärzte usw. wird ersichtlich sein, ob Heilfürsorgeberechtigung vorliegt.

An Kosten sind zu erheben:

- a) für ambulante Behandlung die in der Anlage VI zur PDV. 10 festgesetzten Gebühren,
- b) für stationäre Behandlung
 1. im Staatskrankenhaus der Polizei in Berlin und im Polizeikrankenhaus Wien = 7,— RM täglich,
 2. in den übrigen Polizeikrankenanstalten und Polizeisanitätsstellen = 3,30 RM täglich.

Hierin sind nicht Leistungen enthalten, die in den polizeieigenen ärztlichen Einrichtungen nicht durchgeführt werden.

Diese müssen besonders gezahlt werden.“

An die Sich.Pol.

Befehlsblatt S. 168.

Devisenbewirtschaftung.

Geldwechselstellen und Reichskreditkassen.

RdErl. des RSHA. vom 14. 5. 1943

— II C 2 4/Dev.St. B. Nr. 5883/43-290 b-1 —

(1) Nach Mitteilung der Hauptverwaltung der Reichskreditkassen ist am 12. 4. 1943 in Stalino und am 20. 4. 1943 in Mogilew eine Reichskreditkasse eröffnet worden.

(2) Das mit RdErl. vom 5. 8. 1942 — II C 2 4/Dev.St. B. Nr. 4508/42-290 b-1 (Befehlsbl. S. 228) mitgeteilte Verzeichnis ist entsprechend zu ergänzen.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 168.

Die institutionelle Ermächtigung der Polizei.

RdErl. des RSHA. vom 17. 5. 1943

— III A 5 b Nr. 264/43-176 —

Prof. Dr. Theodor Maunz hat im „Deutschen Recht“ vom 17. und 24. April 1943, Heft 16/17, S. 500 ff., einen Artikel „Das staatspolitische Sicherungsgeld“ veröffentlicht, der die nachstehend abgedruckten Ausführungen über die institutionelle Ermächtigung der Polizei enthält. Diese Ausführungen stimmen mit der vom RSHA. vertretenen Auffassung über die Rechtsgrundlage für die sicherheitspolizeiliche Tätigkeit überein.

„Die institutionelle Ermächtigung der Polizei.“

Bei der Untersuchung, ob und inwieweit das staatspolizeiliche Sicherungsgeld als Rechtstyp zulässig ist, wurde zunächst von den Rechtsformen des PolVerwG., insbesondere von einer Gegenüberstellung von Zwangsgeld und Sicherungsgeld, ausgegangen. Doch ist bei diesem Weg die Rechtsbegründung einiger Gestaltungen offengeblieben. Für diese wird daher mangels weiterer Gesetze auf die sog. institutionelle Ermächtigung der Polizei zu blicken sein. Wenn diese eingreift, kann es auf sich beruhen bleiben, ob das PolVerwG. das Sicherungsgeld billigt oder nicht.

Auch das geltende Polizeirecht setzt ein grundsätzlich gesetzesförmiges Rechtssystem voraus, in das das polizeiliche Handeln einstellt. Es überläßt es dem Belieben eines untergeordneten Organs, zu handeln, wie dieses es für richtig hält. Daher sind die zahlreichen Gesetze und Durchführungsverordnungen, generellen Runderlasse und Anweisungen nötig gewesen, die in den letzten zehn Jahren ergangen sind. Wäre das gesetzesförmige Gebäude einfach beseitigt worden, so wäre auch die Normenerzeugung entbehrllich geworden. Nun können aber sicherlich Situationen eintreten, die beim Normenerlaß nicht vorausgesehen werden konnten und zu deren Bewältigung die bestehenden Normen nicht ausreichen. Über die Abhilfe in solchen Schwierigkeiten ist seit langem nachgedacht und geschrieben worden. Der Blick auf die außernormativen Grundlagen der Polizei gehört zu den häufig wiederkehrenden Erscheinungen der Rechtslehre. In der Gegenwart ist freilich die Notwendigkeit außernormativen Handelns viel seltener geworden; denn die normativen Ermächtigungen sind weit zahlreicher als je; die Normen selbst aber sind ungleich weiter und elastischer gefaßt und geben der Polizei oft größten Spielraum. Trotzdem ist es denkbar, daß sie einmal nicht ausreichen. Daran knüpfen sich verschiedene Abhilfeversuche auch der Gegenwart. Der Vorschlag, nicht nur diese Ausnahmefälle, sondern schlechthin das gesamte Wirken auf die Rationalität des tatsächlichen Ablaufs und dessen Orientierung am politischen Sachverhalt zu gründen, hat bei Lehre und Praxis keinen Anklang gefunden; er würde übrigens die Einheitlichkeit des polizeilichen Wirkens und damit eine wichtige Stütze eines starken Staates letztlich schwächen. Aber auch der Versuch, für die polizeiliche Tätigkeit die Gesetzesgrundlage aufzugeben und es statt dessen allein auf den „Begriff“ der Polizei zu stützen, könnte nicht zum Erfolg führen. Der Begriff der Polizei als Rechtsquelle wäre logisch ein Unding, rechtspolitisch eine Auflockerung der Einheit, weltanschaulich ein Rückfall in den absoluten Polizeistaat. Dennoch kann selbstverständlich nicht etwa wegen Unzulänglichkeit normativer Regelung. Denn der Führer hat durch teils veröffentlichte, teils nicht veröffentlichte Aufträge der Institution der Polizei als solcher Ermächtigungen zum Handeln gegeben; in ihrer Gesamtheit nennen wir sie die institutionelle Ermächtigung. Dazu gehört die Ermächtigung an die

Geheime Staatspolizei, staatsgefährliche Bestrebungen zu bekämpfen; für Preußen ist diese Ermächtigung im Staatspolizeigesetz vom 10. Februar 1936 ausgesprochen, für die übrigen Reichsteile gilt sie ungeschrieben. Die Gründung des polizeilichen Wirkens auf den Willen der Führung steht im Einklang mit unserem gesamten Rechtsschöpfungssystem. Durch sie kommt also weder eine Unlogik noch eine Zerreißung der Einheit in das Rechtsgebäude. Der — wenn auch nicht veröffentlichte — Führerwille wird sowohl von der Lehre wie von der Praxis als unmittelbare Rechtsquelle polizeilichen Handelns anerkannt. So hat z. B. ein Runderlaß des RFH/UCHdDtPol. im RMdL vom 28. Oktober 1942 (MBliV. 2087) auf den Führerauftrag Bezug genommen, „die deutsche Volksordnung zu sichern“, kraft dessen „die Polizei verpflichtet und befugt ist, alle die Maßnahmen zu treffen, die zur Erfüllung ihrer Aufgabe erforderlich sind“.

Drei Fragen rechtlicher Art werden sich hieraus für das staatspolizeiliche Sicherungsgeld ergeben. Einmal ist nach dem Verhältnis der institutionellen Ermächtigung zu den geschriebenen Normen zu forschen. Das Ergebnis ist folgendes: Die geschriebenen Normen bleiben unberührt und sind weiter anzuwenden. Sie werden nicht ausgeschaltet, sondern ergänzt. Wo sie Lücken für die rechtliche Begründung offenlassen, kann, wenn nach Lage des Falls nötig und möglich, auf die Ermächtigung gegriffen werden. Zwangsmittel, die das PolVerwG. nicht kennt, können daher im Rahmen der Ermächtigung angewendet werden. Dies führt auf die zweite Frage, ob sich etwa die institutionelle Ermächtigung nur auf die Absteckung des polizeilichen Aufgabenkreises bezieht oder auf die Art und Weise des Handelns einschließlich der zu ergreifenden Mittel. Sie ist im zweiten Sinn zu beantworten. Der Führerauftrag, „staatsgefährliche Bestrebungen zu bekämpfen“, oder „die deutsche Volksordnung zu sichern“, will seinem Inhalt nach auch die Wege ebnen, diese Aufgaben zu erfüllen und muß daher auch auf die Mittel bezogen werden. Schließlich kann die Frage gestellt werden, ob die institutionelle Ermächtigung nur für die Geheime Staatspolizei besteht. Dies ist zu verneinen. Sie ist Rechtsgrundlage für polizeiliches Handeln schlechthin. Auch andere Zweige der Polizei werden von ihr erfaßt und müssen mit ihr rechnen. Damit ist zwar die theoretische Möglichkeit eröffnet, daß auch diese anderen Zweige mit dem Sicherungsgeld oder anderen neuen Zwangsmitteln in entsprechender Weise arbeiten. Soweit ersichtlich, hat sich indessen bisher nur die staatspolizeiliche Praxis mit ihm beschäftigt.

Für die Verwendung der institutionellen Ermächtigung zu polizeilichem Handeln müssen anderseits zwei Schranken gezogen werden, von denen die erste sich aus der Organisation der Polizei, die zweite aus dem Wesen des Rechts ergibt. Aus der Organisation muß sich ergeben: Die institutionelle Ermächtigung kann nicht die untergeordneten Organe der Polizei von der Pflicht befreien, sich streng an Gesetze und Dienstbefehle zu halten. Sie ist ihrem Charakter nach an die zentrale Leitung der Polizei gerichtet. So ist es erklärlich und verständlich, daß der breite Unterbau der Polizei auf ein vielgegliedertes System von Normen gestützt wird, während Führungsmaßnahmen auf Grund der institutionellen Ermächtigung ergehen können. Auch mit den unmittelbar auf den Führerauftrag gestützten Anordnungen bricht die zentrale Leitung der Polizei aber nicht aus der völkischen Gesamtordnung aus. Sie verläßt nicht den Rechtsboden. Daraus ergibt sich das zweite: Die allgemeinen Prinzipien eines Handelns im Recht gelten auch für das außernormative Handeln. Die

Verfolgung objektiv polizeilicher Zwecke, die Absicht des Schutzes und der Abwehr, die Vermeidung rechtsmißbräuchlicher Abirrungen sind daher die selbstverständlichen Ordnungselemente auch bei der Handhabung des Sicherungsgeldes.“

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 169.

Kürzung der Reisekostenvergütung bei Mitnahme von Marschverpflegung.

RdErl. des RSHA. vom 17. 5. 1943

— II C 2²-Nr. 2328/43-297-1 —

Zur Behebung etwaiger Zweifel weise ich darauf hin, daß die den dienstreisenden Beamten mitgegebene Marschverpflegung als von Amts wegen unentgeltlich gewährte Tagesverpflegung anzusehen ist. Für die Tage, für die Marschverpflegung mitgegeben bzw. in Anspruch genommen wurde und für die volles Tagesgeld zuständig ist, ist das Inlandstagegeld um 75 %; das Auslandstagegeld um 40 % zu kürzen. Eine Bezahlung der Marschverpflegung durch die Beamten ist unzulässig (vgl. auch den Hinweis in Ziff. 3 des Erl. vom 19. 1. 1943 betr. Unterkunft für durchreisende Angehörige der Sicherheitspolizei und des SD in Krakau, Warschau und Lemberg — Befehlsbl. S. 22 —).

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 170.

Gleichzeitige Angabe des //Dienstgrades und der Beamtenbezeichnung in Berichten und Erlassen.

RdErl. des RSHA. vom 19. 5. 1943

— II 9 1 Nr. 198 VI/42-151 —

(1) In Personal- und Wirtschaftsangelegenheiten (Versetzungen, Abordnungen, Beförderungen usw.) muß aus verwaltungstechnischen Gründen bei Angehörigen der Sicherheitspolizei neben dem //Dienstgrad auch der Beamtendienstgrad angegeben werden. Bei Kriminalangestellten ist die Art ihrer Beschäftigung (Außendienst, Fernschreiber oder Kraftfahrer) anzugeben, dabei sind folgende Abkürzungen anzuwenden:

Kriminalangestellter (A) = Außendienst,
Kriminalangestellter (FS) = Fernschreiber,
Kriminalangestellter (K) = Kraftfahrer.

(2) Bei Bescheinigung der rechnerischen und sachlichen Richtigkeit von Belegen sind gleichfalls beide Dienstgrade anzugeben.

(3) Dieser RdErl. gilt nicht nur für die Dienststellen im Reich, sondern auch für die Dienststellen in den besetzten Gebieten. Er ist in die Vorschrift über den Wirtschaftsverwaltungsdienst bei auswärtigen Einsätzen der Sich.Pol. (Va E) vom 28. 1. 1943 (vgl. Befehlsbl. S. 37) im Anhang unter Ziffer 46 einzufügen.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 170.

Anerkennungen.

RdErl. des ChdSPudSD. vom 20. 5. 1943

— I A 1 b Nr. 390/42 —

Auf meinen Vorschlag hat der Reichsführer-// und Chef der Deutschen Polizei im RMdI. dem //Obersturmführer Kriminalkommissar Albert Schmidt, Kriminalsekretär Friedrich Schmidt und dem //Sturmscharführer Kriminalsekretär Heinrich Hedderich vom Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD in Luxemburg

durch ein persönliches Schreiben seine Anerkennung für hervorragende Leistungen bei der Bekämpfung kommunistischer Widerstandsbewegungen in Luxemburg ausgesprochen.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 170.

Postüberwachungsdienst

RdErl. des RSHA. vom 23. 5. 1943

— III A 5 c — Nr. 174 VII/43-177 —

(1) Zur Behebung der laufenden Schwierigkeiten, die sich aus der bisherigen Tätigkeit des Postüberwachungsdienstes ergaben, habe ich mit dem Reichspostminister die als Anlage abgedruckten Richtlinien für die Zusammenarbeit der Deutschen Reichspost und der Sicherheitspolizei bei der Bekämpfung strafbarer Handlungen vereinbart. Die Richtlinien sind den Dienststellen der Reichspost bereits bekanntgegeben worden. Ich ersuche daher, ab sofort nach diesen Richtlinien zu verfahren.

(2) Die strikte Innehaltung der Richtlinien durch die Organe der Reichspost ist durch persönliche Fühlungnahme mit den Leitern der Untersuchungsstellen und den Abwehrbeauftragten der Reichspostdirektionen sicherzustellen. Ergeben sich hierb Schwierigkeiten, so ist zwecks Bereinigung dieser Schwierigkeiten in der Zentralinstanz zu berichten.

(3) Die gemäß Ziffer 4 der Richtlinien der Reichspost zustehende Befugnis, gegen die Unterrichtung der Staatsanwaltschaft Vorstellungen zu erheben, darf nicht dazu führen, daß Tatbestände, deren strafrechtliche Ahndung das gesunde Volksempfinden verlangt, der Strafverfolgung vorenthalten bleiben. Sofern daher seitens der Reichspost insoweit ein unberechtigtes Verlangen gestellt werden sollte, ist unverzüglich unter eingehender Darlegung des Sachverhalts zu berichten.

An Sich.Pol. u. SD.

Befehlsblatt S. 170.

Anlage:

Richtlinien

für die Zusammenarbeit der Deutschen Reichspost und der Sicherheitspolizei bei der Bekämpfung strafbarer Handlungen.

Zur Aufklärung und Bekämpfung strafbarer Handlungen im Postdienstbereich arbeiten die Dienststellen der Deutschen Reichspost mit den Dienststellen der Sicherheitspolizei nach folgenden Richtlinien eng und vertrauensvoll zusammen. Oberstes Ziel ist die gründliche Aufklärung des Sachverhalts in jedem Einzelfall und die schnelle Erfassung des Täters oder Täterkreises.

1.

Träger der Zusammenarbeit sind die Untersuchungsstellen und die Abwehrbeauftragten der Reichspostdirektionen einerseits und die Kriminalpolizei(leit)- und Staatspolizei(leit)-stellen andererseits.

2.

Wird durch die Überwachung von Organen der Deutschen Reichspost oder in anderer Weise eine strafbare Handlung, für deren Verfolgung die Kriminalpolizei zuständig ist, im Bereich der Deutschen Reichspost festgestellt, so wird die örtlich zuständige Kriminalpolizei(leit)stelle sofort unterrichtet, sofern

- a) eine bestimmte Person als Täter hinreichend verdächtig,
- b) ein Gewaltverbrechen (Raubüberfall, Posthauseinbruch, Bandendiebstahl usw.) vorliegt oder ein erheblicher Vermögensschaden eingetreten ist.

- Zu a): Die Organe der Deutschen Reichspost führen die Ermittlungen auch nach Unterrichtung der Kriminalpolizei weiter. Hält es die Kriminalpolizei(leit)stelle für erforderlich, das Ermittlungsverfahren zu übernehmen, so setzt sie sich zuvor mit der Reichspostdirektion in Verbindung.
- Zu b): Die Kriminalpolizei führt die weiteren Ermittlungen durch. Die Organe der Deutschen Reichspost haben sie auf Anforderung hierbei bestmöglich zu unterstützen.

3.

Für Ermittlungen außerhalb des Postdienstbereichs, die ihrer Natur nach zur Zuständigkeit der Kriminalpolizei gehören (z. B. Personen- und Sachfahndung) oder die eine Ausübung polizeilichen Zwanges darstellen (z. B. körperliche Durchsuchung und Haussuchung bei verwaltungsfremden Personen oder bei Postangehörigen ohne deren Zustimmung), sind die örtlich zuständigen Kriminalpolizeidienststellen, bei Gefahr im Verzuge die zuständige Ortspolizei in Anspruch zu nehmen.

4.

Das Ergebnis der Untersuchungen von Überwachungsbeamten der Deutschen Reichspost wird nicht, wie bisher, der Staatsanwaltschaft, sondern der zuständigen Kriminalpolizei(leit)stelle übergeben. Diese sieht von einer Unterrichtung der Staatsanwaltschaft ab, wenn von der Deutschen Reichspost hiergegen Vorstellungen erhoben werden.

5.

Leitet die Kriminalpolizei von sich aus ein Ermittlungsverfahren gegen einen Angehörigen der Deutschen Reichspost ein, so gibt sie der zuständigen Reichspostdirektion Kenntnis.

6.

Gelangen strafbare Handlungen oder Verdachts-tatsachen, für deren Verfolgung die Geheime Staatspolizei zuständig ist, zur Kenntnis einer Postdienststelle, so teilen die zuständigen Reichspostdirektionen den Sachverhalt unverzüglich der örtlich zuständigen Staatspolizei(leit)stelle mit.

Personalmitteilungen

Kommandeure der Sich.Pol. u. des SD.

Versetzt: apl. Pol.Insp. Hayn (Kdr. Lemberg) n. Prag.

Staatspolizei(leit)stellen.

Ernannt zum Krim.Kommissar: die //-Untersturmführer Krim.Komm. z. Pr. Valentin (Hamburg), Hansy (Frankfurt/O.), Botsch (Braunschweig), Horbaschek (Prag), Sorger (Wien), Paar (Stuttgart), Habermann (Brünn) u. Feiler (Wien).

Versetzt: //Hauptsturmführer Krim.Rat Herz (SP-Schule Fürstenberg) n. Königsberg;
die Pol.Ob.Inspektoren Ritter (Klagenfurt) n. Königsberg u. Teske (Posen) n. Weimar;
die Pol.Inspektoren Schmelzer (Bromberg) n. Hohensalza u. Paul (Trier) n. Weimar;
Pol.Insp.Anw. Franz (Hohensalza) n. Bromberg.

Abgeordnet: //Sturmabführer Reg.Rat Rothmann (Magdeburg) zum RSHA.-III, //Sturmabführer Reg.Rat Senne n. Potsdam als Vertr. des Leiters.

Die Abordnung des //Sturmabführers Reg.Rat Dr. Blaha zum Befh. Riga ist aufgehoben worden.

Beauftragt: //Obersturmbannführer Ob.Reg.Rat Rux m. der vertretungsweisen Leitung der Stapost. Graudenz unter Beibehaltung der Leitung der Stapost. Bromberg.

SD

Kommandiert: //Hauptsturmführer Helmut Heyck zum SD-A. Köln, die //Untersturmführer Hannes Adler zum SD-A. Braunschweig, Harald Hoffmann zum RSHA.-III.

Versetzt: die //Hauptsturmführer Erwin Thiel zum Kdr. Radom, Willy Schaak zum RSHA.-III, //Obersturmführer Walter Scholz zum SD-LA. Danzig.

Ernannt: //Hauptsturmführer Walter Dette zum Außenstellenleiter beim Kdr. Radom.

Im Wehrdienst oder im auswärtigen Einsatz.

Ernannt zum Krim.Assistenten: die apl. Krim.Ass. Heinrich Cuypers, Werner Coenen, Josef Limpack (sämtl. KPLSt. Düsseldorf), Robert Barla u. Max Windt (Stapoleitst. Karlsruhe).

— Befehlsblatt 1943 S. 171.